

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 15. Dezember 1960

Blatt 2467

## Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus

### Fortsetzung der Debatte über Personal

15. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurden heute früh im Wiener Rathaus die Budgetberatungen mit der Debatte über die Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform fortgesetzt. Referent ist bekanntlich Stadtrat Riemer.

Als Debatteredner der FPÖ nimmt GR. DR. Broesigke zu diesem Thema Stellung. Er erklärt, daß seine Fraktion gegen die Ausgaben, die für Bedienstete der Stadtverwaltung aufgewendet werden, nichts einzuwenden hat. Er kritisiert aber, daß die Zahl der Bediensteten und der Pensionisten sich im kommenden Jahr wieder erhöhen wird. Dies könne dem Steuerzahler gegenüber nicht gerechtfertigt werden. Er gibt zu, daß die Begründungen über die Vermehrung des Personales, wie sie vom Personalreferenten dargelegt wurden, zum Teil richtig sind. Wenn aber wegen der Arbeitszeitverkürzung in einigen Abteilungen neues Personal eingestellt werden mußte, dann wäre es richtig gewesen, in anderen Abteilungen diesen Personalzuwachs wieder einzusparen. Dies hätte auch durch Rationalisierungsmaßnahmen geschehen können. In diesem Zusammenhang wirft der Redner die Frage auf, warum die seit langem angekündigte Vereinfachung der Verwaltungsarbeit noch nicht verwirklicht wurde.

Er beschäftigt sich dann mit den Ausführungen des Personalreferenten über den Personalmangel, vor allem in den Akademikergruppen und er meint, es müßte untersucht werden, inwieweit die Schuld auch bei der Gemeinde Wien liegt. Als eine der Fehlerquellen bezeichnete er die ungenügende Entlohnung und verlangt daher, die

./.

Stadtverwaltung sollte durch Gehaltserhöhungen den öffentlichen Dienst attraktiver machen.

GR. Dr. Broesigke kommt dann auf die Dienstordnung zu sprechen und stellt fest, daß sie grundsätzlich zum Nachteil der Bediensteten ausgelegt wird. Als Beweis dafür führt er die häufig vorkommenden Verhandlungen vor den Verwaltungsgerichtshof an, der von den Bediensteten in rechtlichen Zweifelsfragen angerufen werden muß. Er meint, es wäre Sache der Magistratsabteilung 2, das Dienstrecht, das als sozial gelten kann, auch sozial auszulegen. Die Dienstordnung bezeichnet er als kompliziert. In einigen Teilen hätte sie auch Schönheitsfehler, die mit der Verfassung nicht in Einklang stehen, wie etwa die Bestimmung über die Personalvertretung. Es wäre eine dringende Aufgabe, hier eine verfassungsrechtliche Korrektur durchzuführen. Als weiteren Grund, der die Menschen zum Eintritt in den Gemeindedienst abhalte, bezeichnete er das Parteibuch, das bei der Gemeinde Wien, wie er sagt, trotz allem Leugnen, verlangt wird. Die in der Dienstordnung enthaltenen Bestimmungen über die Einstufungen hält der Redner als nicht befriedigend, vor allem nicht für die Gruppen der Mangelberufe. Die Krankenschwestern hätten sich zwar mit gewissen Maßnahmen eine Besserung erzwungen, es gebe aber für sie noch unerfüllte Wünsche, die eben die Einstufung betreffen. Die dienstrechtliche Regelung, die zugunsten der Kindergärtnerinnen durchgeführt werden soll, begrüßt er, bezüglich der Witwenpensionen spricht er sich für die Abschaffung von Härtefällen aus.

Abschließend stellt der Redner fest, daß man mit den Gemeindebediensteten zufrieden sein könne und lobt ihre Höflichkeit im Umgang mit der Bevölkerung. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärt Dr. Broesigke, daß im Hinblick auf die von ihm angeführten Mängel in der Geschäftsgruppe I seine Fraktion den Ansätzen für das Personalwesen die Zustimmung nicht geben könne.

GR. Dr. Freytag (ÖVP) bezeichnete es als erfreulich, daß der prozentmäßige Anteil der Personalausgaben am Gesamtbudget für 1961 niedriger ist als in den früheren Jahren. Er begrüßte die Neuregelung der Anfangsbezüge und Nebenbezüge. Hoffentlich werden sich die Erwartungen erfüllen, daß dadurch für junge Menschen ein erhöhter Anreiz gegeben ist, in den Gemeindedienst einzutreten.

Für die Krankenschwestern wären noch einige Forderungen durchzusetzen. Der Redner beantragte die Annahme einer Resolution, die den Weiterbezug des Urlaubszuschusses für Krankenschwestern auch bei Erreichen des Urlaubshöchstausmaßes verlangt. Für Akademiker ist die Urlaubsbemessung beim Bund günstiger als bei der Gemeinde Wien. Gemäß einer weiteren vom Redner beantragten Resolution soll das Urlaubshöchstausmaß die akademischen Beamten der Gemeinde dem des Bundes angeglichen werden. Nach Inkrafttreten des Gehaltsgesetzes mußten viele Bedienstete den Verlust eines Jahres bei der Vorrückung in Kauf nehmen. Dieses Hemmungsjahr wird einmal wieder fallen müssen. Für die Zuteilung von Jubiläumsgaben nach 25-jähriger und 40-jähriger Dienstzeit ist derzeit die Dienstbeschreibung der letzten drei Jahre maßgeblich. Dies ist für einen langjährigen Beamten, der nur in den letzten Jahren etwa krank war oder infolge seines Alters nicht mehr ganz mitkommt, ungerecht.

Der Stellenplan der Gemeinde Wien, der den Geist des Zentralismus atmet, sei reformbedürftig. Die Wertung der Dienstposten bei Magistratischen Bezirksämtern, wo der Kontakt mit der Bevölkerung hergestellt wird, ist geringer als in der Sonne des Rathauses. Das Bezirksamt Wieden sei personell besonders schlecht dotiert. Ohne die Bedeutung der Zentralstellen zu unterschätzen, sollte man doch auf die Unterbehörden mehr Rücksicht nehmen.

Der Wunsch vieler Bediensteter geht dahin, daß die Dienstbeschreibung so wie beim Bund gehandhabt wird. Auch beim Disziplinarverfahren wäre manches zu verbessern. Die Darlehen, die die Gemeinde Wien an ihre Bediensteten gewährt, werden fast ausschließlich gegen Zinsen vergeben, während die Bezugsvorschüsse des Bundes unverzinslich sind. In einem dritten Resolutionsantrag verlangte der Redner auch hier eine Angleichung an die Vorschriften des Bundes. Manche Diensträume entsprechen nicht den Anforderungen.

Die Besetzung von Leiterposten bei der Gemeinde Wien bezeichnete GR.Dr.Freytag als ein finsternes Kapitel. Es vergrämt die Beamten, die viele Jahre lang mit bestem Erfolg Dienst gemacht haben, wenn bei Freiwerden der Leiterstelle eigens ein Beamter von einer anderen Abteilung dorthin versetzt wird, und

den Leiterposten bekommt. Man soll den guten, aber bescheidenen Beamten mehr in das Rampenlicht stellen.

Bei der Stellenausschreibung ist die wesentliche Frage, wer über die eingereichten Gesuche entscheidet. Hier sollte ein Forum geschaffen werden, das ein Maximum an Gerechtigkeit gewährleistet. Das Prüfungswesen ist durch viele Fehlerquellen sehr gefährdet. Vielleicht könnte man die Prüfungsfragen und auch die Prüfer durch das Los ziehen lassen. (Vizebürgermeister Mandl: Das wäre bei den Mittelschulen fesch! - Heiterkeit.)

Die ÖVP wird den Ansätzen dieser Gruppe die Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Schiller (SPÖ) stellt fest, daß das zu verhandelnde Kapitel eines der am schwierigsten zu verwaltenden und auch eines der umstrittensten ist. Die Argumente aus der Diskussion beschäftigten sich überwiegend mit Problemen, die einzelne Angestellte betreffen. Solche Fragen können in einer Körperschaft mit rund 53.000 Bediensteten nie zur Gänze gelöst werden, da es sehr schwierig ist, alle diese Wünsche gegenseitig abzuwägen und auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Auch die Frage der Dienstesentsagungen wurde sehr drastisch hingestellt. Dienstesentsagungen hat es aber auch in Zeiten gegeben, in denen es hunderttausende Arbeitslose gab. Eine Überprüfung der Dienstesentsagungen hat ergeben, daß die meisten aus rein persönlichen Gründen, wie Heirat usw., erfolgen. Über all diesen Dingen darf man aber nicht vergessen, was im Jahre 1960 auf dem Personalsektor alles erreicht wurde. Für große Gruppen der Bediensteten wurden wesentliche Verbesserungen, bzw. Korrekturen des Dienstrechts und des Arbeitsrechts erwirkt. Der 14. Monatsbezug der Gemeindebediensteten wurde gesichert und die Frage der Arbeitszeit und die Fünf-Tage-Woche für große Gruppen der Bediensteten gelöst. Die Vertragsbedienstetenordnung wurde novelliert und den Bestimmungen der Pragmatik angeglichen. Es wurden die Nebengebühren aufgewertet und die Anfangsbezüge mit 1. November erhöht. Bedauerlich ist die Tatsache, daß einige dieser Probleme nur von der Gemeinde Wien, nicht aber vom Bund gelöst wurden. Aktuell ist die Frage der Novellierung der Gehaltsbestimmungen. Es ist zu fürchten, daß in dieser einschneidenden Frage von Seiten des

Bundes keine Geneigtheit zu Verhandlungen vorhanden sein wird. Die Verwaltung und die Gewerkschaft sind aber der Ansicht, daß über diese Probleme in kürzester Zeit und zielführend verhandelt werden muß.

Auch die Frage der Mindestpensionen wurde geregelt, da sie den Bestimmungen des ASVG angepaßt werden mußten. Die Gemeinde Wien ist die einzige Körperschaft des öffentlichen Dienstes, die überhaupt den Begriff der Mindestpension kennt.

Viel wurde über die Probleme der Schwestern, der Ärzte und der Straßenbahnbediensteten gesprochen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Dienstpragmatik für einen Teil der Gemeindebediensteten kritisiert und ihre Abschaffung zur Sanierung der Betriebe anregt. Diese Argumente sind durchaus nicht neu, sie werden seit Jahrzehnten immer wieder vorgebracht. Solche Vorschläge muß man aber immer wieder zurückweisen. Der öffentliche Dienst braucht Menschen in seiner Verwaltung und in seinen Dienststellen, die mit einem besonderen Treueverhältnis zu ihrem Dienstgeber ausgestattet sind und die sich mit ihrem Dienstgeber verbunden fühlen. Wir haben es miterlebt, daß in den furchtbaren Tagen, als es galt unsere Stadt zu retten und wiederaufzubauen, die Gemeindebediensteten sofort ihren Dienst angetreten und mit dem geringsten Lohn und ohne Rücksicht auf die Länge der Arbeitszeit in unserer Stadt wieder Ordnung gemacht haben. Unter dem Einsatz ihrer ganzen Kräfte haben diese verlässlichsten Bediensteten Tag und Nacht weit mehr getan, als es ihre Pflicht gewesen wäre. Die Gemeindeverwaltung hat im Jahre 1946 in Anerkennung und Würdigung dieser einmaligen Leistungen den gesamten Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien die Dienstpragmatik zugesichert und gegeben. Alle Wünsche nach Abschaffung dieser Pragmatik, egal mit welchem Argument sie untermauert sein mögen, werden von der sozialistischen Fraktion der Gemeindeverwaltung und von der Gewerkschaft immer wieder abgelehnt werden. Es wird gerne und oft argumentiert, daß die schlechte finanzielle Lage der Straßenbahn durch die Pensionslasten verursacht wird. Die Gemeindeverwaltung bemüht sich seit Jahren, das Problem des Defizits der Verkehrsbetriebe zu lösen. Wenn aber von gewissen Zeitungen, in diesem Zusammenhang immer wieder auf die Pragmatik verwiesen wird, ist zu sagen, daß schließlich auch die Industrie durch die Straßenbahn profitiert.

Bringt doch die Straßenbahn die arbeitenden Menschen täglich rechtzeitig zu ihrer Arbeitsstätte. Warum trägt also die Industrie nicht dazu bei, die Situation bei den Verkehrsbetrieben zu verbessern?

Zur Frage der Kindergärtnerinnen ist zu sagen, daß dieses Problem in der Dienstordnung genau geregelt war, im Jahre 1952 durch ein Bundesgesetz aber umgestoßen wurde und seit dieser Zeit die Fragen des Kindergärtnerinnenberufes im Bezug auf ihr Rechtsverhältnis zum Dienstgeber ungeklärt sind. Von der Gemeindeverwaltung wurde gemeinsam mit der Gewerkschaft für diese Zeit ein Weg gefunden und alle dienstrechtlichen Bestimmungen für die Kindergärtnerinnen gesichert. Es wird in nächster Zeit das Bundesgesetz geändert und der Zustand, der früher vorhanden war, in unserer Dienstordnung wiederhergestellt werden.

Abschließend stellt GR. Schiller fest, daß im vergangenen Jahr für große Gruppen, zum Teil für alle Bediensteten, viele Verbesserungen erreicht wurden. Das Jahr 1960 war nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für die Angestellten sehr erfolgreich. Er sei der Überzeugung, daß auch die Verhandlungen im kommenden Jahr erfolgreich sein werden. Es wurde in diesem Haus noch kein Gesetz so oft novelliert wie die Dienstordnung und die Gehaltsbestimmungen. Auf dem Personalsektor wird niemals der Zustand eintreten, daß keine offenen Fragen mehr vorhanden sind, weil es hier um den Menschen und um Schicksale und Probleme geht, die jeden einzelnen Bediensteten angehen. Seine Fraktion werde den Ansätzen dieser Gruppe die Zustimmung geben, weil sie mit ihrer Führung und Verwaltung sehr einverstanden ist. (Beifall.)

GR. Dr. Freytag (ÖVP) erhält nochmals das Wort um seinen dritten Antrag, die Gewährung von Vorschüssen an Gemeindebedienstete ohne Anrechnung von Zinsen durchzuführen, einzubringen. Er bittet, diesen Antrag dem Gemeinderatsausschuß I zur Behandlung zuzuweisen.

Stadtrat Riemer führt in seinem Schlußwort aus, in der Debatte wurde nun zwei Stunden Kritik geübt, und man könnte glauben, daß hier eine entsetzliche und chaotische Verwaltung besteht. Wenn man aber bedenkt, daß es sich immer um einzelne Fälle im Rahmen eines Personalstandes von mehr als 54.000 Aktiven und 37.000 Pensionisten handelt, so müsse er sagen: dies ist eigentlich ein Beweis dafür, daß die Verwaltung im großen und ganzen ausgezeichnet und objektiv geführt wird, wenn so wenige Beschwerden vorgebracht werden.

./.

Der Referent beschäftigte sich dann mit den Ausführungen der einzelnen Debattenredner. Der Personalmangel ist nicht nur auf die Gemeinde Wien beschränkt, sondern eine allgemeine Erscheinung in der ganzen Welt. Es scheint also doch so zu sein, daß die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse die Ursache sind und nicht die angeblich schlechte Behandlung der Bediensteten, nicht die angeblich schlechten Bezüge und die Arbeitsverhältnisse. Die Dienstesentsagungen haben meist familiäre Ursachen, zum Beispiel daß eine Krankenschwester heiratet oder daß ein Kind unterwegs ist.

Stadtrat Riemer versicherte auch, daß man ständig damit beschäftigt ist, die Dienstleistungsbestimmungen bei den Verkehrsbetrieben zu überprüfen, zu verbessern und zu erleichtern, soweit dies nur möglich ist. Ein Verkehrsbetrieb ist jedoch ein besonders schwieriger Dienstzweig, fast vergleichbar mit einer militärischen Körperschaft.

Was die Kritik an unserer Absicht betrifft, Studenten als Schaffner einzustellen, so sollen nur Österreicher und vor allem Wiener verwendet werden. Er glaube auch, daß die Studenten in ihrer Ausbildungszeit alle notwendigen Kenntnisse erwerben werden.

Was die Stempelpflicht bei Versetzungen oder Überstellungen anbelangt, so besteht hier tatsächlich eine Härte, doch handelt es sich um Bestimmungen eines Bundesgesetzes, über das wir nicht hinwegkommen.

Wegen der drei Vertrauensmänner, von denen nur einer dienstfrei bekommen hat, führte der Referent aus, daß auch die Angehörigen anderer Fraktionen nicht immer dienstfrei bekommen können, weil der Dienstbetrieb vorgeht. Er habe jedoch neuerlich Anweisung gegeben, daß Vertrauensleute, wann immer es möglich ist, für die Erfüllung ihrer Funktion dienstfrei bekommen.

Was die Kritik an den Ärzten anbelangt, so müssen wir als medizinische Laien die Autorität des Arztes anerkennen. Es wäre eine willkürliche Verwaltung, wollten wir gegen das Gutachten eines Arztes entscheiden.

Die Witwenversorgung ist ein sehr kompliziertes Problem. Es ist jedoch beim Bund ein neues Pensionsrecht in Ausarbeitung.

Was die wegen Kriegsversehrtheit Pensionierten betrifft, so handelt es sich hier ausnahmslos um Beamte, die noch keinen Anspruch auf Pension hatten. Trotzdem hat man ihnen eine Pension zuerkannt.

Gegenüber den Vorwürfen des FPÖ-Redners stellte Stadtrat Riemer fest, daß die Stadt Wien von 1947 bis 1957, also in zehn Jahren, nicht weniger als 10.000 Dienstposten eingespart hat. Er glaube, die österreichische Bevölkerung wäre glücklich, wenn alle übrigen Gebietskörperschaften ähnliche Erfolgsergebnisse hinweisen könnten.

Die Anträge des ÖVP-Redners wegen Zusatzurlaub und wegen Akademikerurlaub möge man dem zuständigen Ausschuß zur Behandlung zuweisen.

GR. Dr. Freytag hat auch Beschwerde darüber geführt, daß bei den Jubiläumsgaben als Voraussetzung eine gute Dienstleistung in den letzten drei Jahren verlangt wird. Der Referent hält dagegen, daß es sich hier nicht um eine Verpflichtung der Stadt Wien handelt, sondern um eine Prämie für langjährige gute Dienste.

Mit der Reform des Stellenplanes sind wir ununterbrochen beschäftigt. Natürlich gibt es aber immer auch Bedienstete, die andere Vorstellungen von der Einstufung ihrer Arbeit haben.

Ein alter Wunsch des ÖVP-Redners sei die Frage der Dienstbeschreibung. Hier sind unsere Ansichten eben verschieden. Was wir verlangen, das ist eine Dienstbeschreibung im aktuellen Fall, wenn jemand versetzt wird oder befördert werden soll. Eine solche Dienstbeschreibung hat mehr Sinn als eine periodische.

Auch die Frage der Darlehen sei ein Steckenpferd von Dr. Freytag. Wir vergeben die Darlehen deswegen zu einem kleinen Zinssatz, um vorzubeugen, daß diese Darlehen an dritte Personen weitergegeben werden.

Der Personalreferent nimmt dann zu der von GR. Dr. Freytag vorgebrachten Beschwerde über die Postenbesetzungen Stellung. Er gibt aus diesem Anlaß einen Überblick über die in den Jahren 1954 bis 1959 durchgeführten Ernennungen auf Leiterposten. Von den 239 ernannten Leitern waren, soweit es sich feststellen ließ, 147 Sozialisten und 68 Angehörige der ÖVP. Er stellt dem die Praxis der Postenvergabe im Lande Niederösterreich gegenüber. Von den dort in den Jahren 1954 bis 1957 vorgenommenen 3.250 Beförderungen, Neueinstellungen oder Pragmatisierungen waren nur 100 Bedienstete, die Angehörige der Sozialistischen Partei sind. Unter den in dieser Zeitspanne Beförderten waren vier Prozent, bei den Pragmatisierten zwei Prozent und bei den Neuaufgenommenen nur 0.3 Prozent Sozialisten. Was die Ausführungen des ÖVP-Debattenredners über die Stellen-



ausschreibung betrifft, erklärt Stadtrat Riemer, daß die ÖVP die Stellenausschreibung erst dann entdeckt habe, als sie eine Forderung der Sozialisten geworden ist. Eine Stellenausschreibung könne aber nur in solchen Fällen erfolgen, wo eine Konkurrenz vorhanden ist. Wo Mangel herrscht, kann das Prinzip der Konkurrenz nicht in Erscheinung treten, weil eben keine Konkurrenz da ist. Er bemerkt hierzu, daß die ÖVP überall dort gegen eine Stellenausschreibung ist, wo sie ihr nicht paßt.

Zu den Ausführungen von GR. Schiller über die vorgebrachten Forderungen der Gemeindebediensteten meint der Referent, daß die Gewerkschaft, nach der derzeitigen Lage beim Bund zu schließen, die Verhandlungen im Alleingang auf dem Boden der Wiener Stadtverwaltung durchführen werden müsse. Die Stadtverwaltung wird dabei bemüht sein, sie zufriedenstellend zu Ende zu führen. Was das Problem der Dienstpragmatisierung anbelangt, bekennt sich die Stadtverwaltung grundsätzlich zur Pragmatik.

Abschließend empfiehlt der Referent die sechs Anträge GR. Mallers (KLS) bis auf einen abzulehnen, die drei von GR. Dr. Freytag (ÖVP) eingebrachten Anträge an den Ausschuß der Geschäftsgruppe I weiterzuleiten. Bei der Abstimmung wurden fünf Anträge des GR. Maller abgelehnt und ein Antrag einstimmig zur Behandlung der Geschäftsgruppe I zugewiesen. Die drei Anträge des ÖVP-Debattenredners wurden einstimmig dem Ausschuß der Geschäftsgruppe I zugewiesen. Die Ansätze der Geschäftsgruppe I wurden mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

## Musikveranstaltungen in der Zeit vom 19. Dezember bis 8. Jänner

15. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 19. Dezember	x Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 4. Konzert im Zyklus VII; Wiederholung des 5. Abonnementkonzertes des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters, Dirigent Hans Swarowsky (Mozart: Symphonie KV 201; Bruckner: 9. Symphonie)
Dienstag 20. Dezember	Gr.M.V.Saal 19.30	ÖVP-Wohlfahrtsdienst: Wohltätigkeitskonzert
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 17.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Adventstunde
Mittwoch 21. Dezember	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 3. Aufführung des Tanzspiels "Christine und der Wanderzirkus" (für Schüler der zweiten Klassen)
Donnerstag 22. Dezember	Gr.M.V.Saal 19.30	ÖVP-Frauenbewegung: Weihnachtskonzert
Mittwoch 28. Dezember	Kammersaal (MV) 19.30	Konzertvereinigung blinder Künstler: Solistenkonzert
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: Klavierabend Jörg Demus (1. Bach- Abend)
Donnerstag 29. Dezember	Kammersaal (MV) 19.30	Weihnachtskonzert des Ensembles Ella Kasteliz
Samstag 31. Dezember	Gr.M.V.Saal 15.00	Österreichischer Gewerkschaftsbund: Generalprobe des Silvesterkonzertes der Wiener Philharmoniker
	Gr.M.V.Saal 20.00	Wiener Philharmoniker: Silvesterkonzert, Dirigent Willi Boskowsky (Johann und Josef Strauß)
	Rathausturm: 18.00	Kulturamt der Stadt Wien: Silvester- Turmblasen des Trompeterchores der Stadt Wien, Leitung Josef Hadraba
Sonntag 1. Jänner	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Neujahrs- konzert, Dirigent Willi Boskowsky (Johann und Josef Strauß)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Dienstag 3. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 4. Konzert im Zyklus IA; Vorauf- führung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM., Dirigent Josef Krips
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Klavier- abend Jörg Demus (2. Bach-Abend)
Mittwoch 4. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wr. Symphoniker, Shura Cherkassky (Klavier), Dirigent Josef Krips (R. Strauss: "Don Juan"; Prokofieff: 2. Klavierkonzert; Brahms: 2. Symphonie)
Donnerstag 5. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie", Dirigent Josef Krips (Wiederholung vom 4. Jänner)
Freitag 6. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Österreichischer Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM., Dirigent Josef Krips
Samstag 7. Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus IB; Wieder- holung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM., Dirigent Josef Krips
Sonntag 8. Jänner	Gr.M.V.Saal 16.00	Niederösterreichisches Tonkünstler- orchester: 6. Sonntag-Nachmittags- konzert; Friederike Kraus (Klavier), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Schumann: Manfred-Ouverture; R. Strauss: Burleske; Mahler: 5. Symphonie)
	Mozartsaal (KH) 19.00	Bachgemeinde Wien: 4. Konzert im Kantaten-Zyklus XII; Solisten, Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter (J.S. Bach: Weihnachtsoratorium, IV. Kantate; Kantaten Nr. 1 und Nr. 65)

Diplomfeier im Rudolfspital  
=====

15. Dezember (RK) Heute vormittag fand in der Krankenpflegeschule des Rudolfspitales die Diplomfeier für 46 junge Schwesternschülerinnen statt. Zwölf von ihnen konnten die Diplomprüfung mit Auszeichnung ablegen.

Der Direktor der Krankenpflegeschule Prof. Dr. Zimmermann konnte bei der Feier den Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen Dr. Glück begrüßen, der mit den leitenden Beamten des Gesundheitsamtes gekommen war.

Stadtrat Dr. Glück überbrachte den frischgebackenen Diplomschwestern die Grüße und Glückwünsche des Bürgermeisters. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß die meisten Schwestern nach Ablegung ihrer Diplomprüfung weiter im Dienst der Stadt Wien bleiben und in städtischen Spitälern arbeiten werden. Bei dem großen Schwesternmangel sei es besonders wichtig, daß die jungen Kräfte, die in Wien bestens ausgebildet wurden, unserer Stadt auch erhalten bleiben.

- - -

Heute erstes Pflichtkonzert für die Wiener Schuljugend  
=====

15. Dezember (RK) Die im Rahmen der vom Kulturamt der Stadt Wien alljährlich durchgeführte Reihe von Pflichtkonzerten für die Wiener Schuljugend hat heute mit einem Konzert für die Schüler der zweiten Haupt- und Mittelschulklassen begonnen. Aufgeführt wurde das Tanzspiel "Christine und der Wanderzirkus", dem ein konzertanter Teil vorangestellt ist. Es handelt sich dabei um Mozarts Ouvertüre zur Oper "Die Entführung aus dem Serail" und Schuberts "Deutsche Tänze". Ausführende waren das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester unter dem Dirigenten Karl Hudez und der Kindertanzkreis des Konservatoriums der Stadt Wien unter der Leitung von Ilka Peter.

Diese Veranstaltung, die zwölfmal wiederholt wird, um allen Buben und Mädeln der zweiten Haupt- und Mittelschulklassen Wiens den Besuch zu ermöglichen, findet jeweils während der Unterrichtszeit im Großen Konzerthausaal statt. Den Besuchern wird kostenlos ein Programmheft mit Erläuterungen der dargebotenen Stücke und ihrer Komponisten überreicht.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung  
=====

Über die Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, berichtet Vizebürgermeister Mandl. Die Ansätze seiner Geschäftsgruppe für das kommende Jahr betragen 334 Millionen Schilling und sind damit um 31,5 Millionen Schilling höher als die des Vorjahres. Davon entfallen auf den Kultursektor 140 Millionen und auf das Wiener Schulwesen 194 Millionen Schilling. Das sei außerordentlich erfreulich, denn die moderne Gesellschaft könne nur dann zum Wohle ihrer Bürger wirken, wenn es ihr gelingt, die Geisteshaltung jedes einzelnen den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Gesamtheit anzupassen. Man kann einen modernen Sozialstaat auf Dauer nicht halten, wenn persönlicher Egoismus über den Gemeinschaftssinn zu triumphieren droht, und es kann eine echte Demokratie nur Bestand haben, wenn sie auf dem klaren Denken und der anständigen charakterlichen Haltung der einzelnen Menschen aufgebaut ist. Deshalb wird jede Bildungsarbeit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine der wichtigsten Funktionen jeder Gemeinschaft sein müssen.

Wir werden in Hinkunft noch mehr Möglichkeiten schaffen und vor allem die Menschen in noch größerem Umfang bereit machen müssen, sich zu bilden, um ein verstehendes und tragendes Glied unseres Gemeinwesens zu sein. Von 1952 bis 1957 hat sich das durchschnittliche Realeinkommen einer Arbeiterfamilie um rund 40 Prozent und einer Angestelltenfamilie um rund 60 Prozent erhöht. Bei Industrie- und Gewerbebetrieben ist die gleiche Tendenz noch in weitaus größerem Ausmaß festzustellen. Lediglich bei den verschiedenen Kulturinstitutionen zeigt sich diese erfreuliche Entwicklung nicht; im Gegenteil, ihre materielle Substanz gibt zu wirklicher Besorgnis Anlaß. Vielleicht zeigt sich dies am deutlichsten bei den Theatern. Es ist eine schmerzliche Tatsache, daß im abgelaufenen Jahr die Scala und das Bürgertheater der Spitzhacke zum Opfer fielen, daß das Stadttheater in der nächsten Zeit wahrscheinlich niedergerissen werden wird und daß das ehrwürdige Theater an der Wien seine Rettung und Erhaltung nur dem Eingreifen der Stadtverwaltung verdankt.

Die Stadt Wien subventioniert seit Jahren drei Wiener Privatbühnen: das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater und das Raimundtheater. Das Theater in der Josefstadt ist im Durchschnitt zu 84 Prozent, das Volkstheater zu 65 Prozent und das Raimundtheater zu 52 Prozent besucht. Man kann also nicht behaupten, daß die vorhandenen Bühnen überbeansprucht wären und auf zusätzliche Theater geriffen werden müßte. Die Frequenz aller Wiener Theater betrug im Monat Oktober 1960 65 Prozent aller Plätze gegen 78 Prozent in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Rückgang hält also weiter an.

Die Besucher der Wiener Privattheater decken durch den Preis ihrer Eintrittskarten nur zu einem geringen Teil den notwendigen Etat dieser Bühnen. Die drei Häuser des Josefstädter Theaters hatten in der Saison 1959/60 bei Einnahmen von 12 Millionen und Ausgaben von 18,8 Millionen ein Defizit von 6,7 Millionen, das Volkstheater bei Einnahmen von 6,1 Millionen und Ausgaben von 11,3 Millionen ein Defizit von 5,1 Millionen und das Raimundtheater bei 4,8 Mill. Einnahmen und 8,4 Mill. Ausgaben ein Defizit von 3,6 Millionen Schilling. Bis zum zweiten Weltkrieg waren alle Bühnen mit Ausnahme der Staatstheater auf rein kommerzieller Basis aufgebaut, bekamen keinerlei Subventionen und haben sich selbst erhalten. Die Gemeinde hat den drei Bühnen für die Spielzeit 1959/60 einen Zuschuß von insgesamt 6,9 Millionen gegeben. Dazu kommt noch die Bundessubvention von rund fünf Millionen dazu, sodaß fast zwölf Millionen Schilling für die vergangene Saison aufgewendet werden, um diese Bühnen am Leben zu erhalten.

Es ist leider wenigstens derzeit kein zusätzlicher Bedarf nach neuen Theatern vorhanden. Niemand bedauert diese Tatsache so sehr wie wir, umsomehr als wir wissen, daß ihre Ursache nicht in den allgemeinen materiellen Verhältnissen zu suchen ist. Verzeichnen wir doch in den letzten Jahren ein enormes Ansteigen des Alkoholkonsums. Von 1952 bis 1957, also innerhalb von fünf Jahren, ist der Genußmittelverbrauch einer Arbeiterfamilie um 76 Prozent, einer Angestelltenfamilie um 64 Prozent und der Arbeiterpensionisten um 34 Prozent gestiegen. Im Jahre 1958 wurden in Österreich 497 Millionen Liter Bier, 134 Millionen Wein, 23 Millionen Brandwein und Schnaps sowie 1,2 Millionen Liter Schaumwein konsumiert. Das ergibt die runde Summe von

5,8 Milliarden Schilling oder 2.27 Schilling pro Tag und Kopf. Im gleichen Jahr wurde die runde Summe von 2.6 Milliarden Schilling verbraucht, was einen Schilling pro Tag und Nase ergibt. Es werden also pro Tag und Kopf der Bevölkerung - Kinder und Säuglinge eingeschlossen - 3.27 Schilling vertrunken und verbraucht. Der Anteil der Trinker an den in Steinhof Internierten ist in den letzten vier Jahren von 46 Prozent auf 60 Prozent angestiegen, im letzten Jahre wurden an der psychiatrischen Klinik rund 1.700 geistig erkrankte Alkoholiker aufgenommen, die Zahl der durch Trunkenheit verursachten Verkehrsunfälle hat von 1956 bis 1959 um 74 Prozent, nämlich von 482 auf 841, zugenommen. Die Fälle des Entzuges von Führerscheinen infolge Trunkenheit sind in diesen drei Jahren um 73 Prozent und die Fälle strafbarer Trunkenheit um 24 Prozent gestiegen. Das zeigt deutlich, daß bei uns manches nicht in Ordnung ist.

Ich habe mich, sagte der Vizebürgermeister, immer gegen das Amtskappel im kulturellen Leben gewehrt und dagegen gekämpft; ich bin aber ebenso eindeutig gegen jede Mentalität, die den Kulturbereich zu einem Rentnerdasein verurteilen will. Ein Kulturmensch sein wollen erfordert eben eine gewisse Bereitschaft, mitunter auch einen Verzicht auf verschiedene Genüsse des menschlichen Lebens. Diese Bereitschaft kommt nicht von selbst, sie muß von Kindheit anerzogen werden. Das geflügelte Wort "Es muß etwas geschehen, aber es darf nichts kosten", darf keinen Platz in unserem Denken haben.

Das Theater an der Wien ist nun im Besitze der Stadt Wien und soll jetzt renoviert werden. Wir hatten ursprünglich damit gerechnet, rund 50 Millionen Schilling für dieses Haus aufwenden zu müssen. Wenn wir uns nun nach langen Verhandlungen entschlossen haben, einen Betrag von rund 68 Millionen Schilling einschließlich Einrichtung bereitzustellen, so deshalb, weil wir das Haus in den bestmöglichen, bühnentechnischen Zustand versetzen wollen, der gleichzeitig eine Herabsetzung des Bühnenpersonales von 80 auf 20 Personen ermöglicht. Das Theater erhält eine moderne Zylinderdrehbühne, die jede Art von Gastspielen ermöglicht und gleichzeitig einen Depotraum für Kulissen schafft. Der Einbau dieser Bühne wird allein 15 Millionen Schilling

erfordern. Der Entschluß, so bedeutende Mittel aufzuwenden, ist uns nicht leicht gefallen, aber da wir uns nun einmal entschlossen hatten, dieses einmalige, an Tradition so reiche Haus vor dem sicheren Verfall zu retten, soll es jene Ausstattung erhalten, die ein Theater heute haben muß, um allen Anforderungen zu entsprechen. Für 1961 ist eine Baurate von 15 Millionen Schilling im Budget vorgesehen.

Wir werden das Theater an der Wien in erster Linie als Festspielhaus und als wesentliche Stätte unserer Sommerveranstaltungen verwenden. Wir wollen hoffen, daß der Bund bei seiner generösen Haltung den beiden anderen Festspielstädten gegenüber, sich einem Ersuchen der Stadt Wien um einen Beitrag zu den Renovierungskosten nicht verschließen wird.

Wir wollen im Haus auch dem Theater der Jugend Raum geben. Ich habe dem Unterrichtsminister auch das Angebot gemacht, verschiedene Aufführungen der Bundestheater - ich denke da vor allem an die intime Kammeroper - in das Theater an der Wien zu verlegen.

#### Musik und Kunst

Beim größten Teil der ausländischen Gäste verbindet sich der Name Wiens mit dem Begriff Musik. Die Gemeindeverwaltung trägt in ihren Förderungsmaßnahmen dem voll Rechnung.

Unsere Wiener Symphoniker haben durch die Initiative und Bereitschaft der Stadtverwaltung ihre Existenz nun für alle Zukunft gesichert. Wir sind sehr stolz, einen solch ausgezeichneten Klangkörper zu besitzen. Unsere Musiklehranstalten entwickeln sich weiterhin gut. Es besteht die Absicht, die Abteilung für volkstümliche Musikpflege auszubauen und dadurch mehr in den Freizeitraum unserer Jugend einzubrechen.

Wenn in unserer Stadt auch die bildende Kunst wieder zu Bedeutung kommen konnte, so verdankt sie das ausschließlich der großzügigen Förderung durch die Stadtverwaltung.



Auch im kommenden Jahr stehen wieder beträchtliche Mittel für Aufträge und Ankäufe zur Verfügung. Wir zählen derzeit rund 50 Lehr- und Ausstellungsgalerien, von denen 24 in Pflichtschulen untergebracht sind. Die "Grüne Galerie" im Stadtpark ist zu einer gewohnten Einrichtung geworden. Die Plakatwertungsaktion "Galerie der Straße" begeht im kommenden Jahr ihr Zehn-Jahr-Jubiläum. Wir wollen aus diesem Anlaß im Rahmen der Wiener Festwochen eine große internationale Plakatausstellung durchführen, in der wir unsere besten Plakate mit denen anderer Länder konfrontieren.

Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" läuft gegenwärtig wieder in der Secession.

Der Berufsverband bildender Künstler Österreichs hat auf Anregung der Stadtverwaltung gemeinsam mit der Büchergilde Gutenberg eine Verkaufsaktion ins Leben gerufen, durch die Ölbilder, Graphiken und Kleinplastiken an einen breiteren Konsumentenkreis herangetragen werden. Der Berufsverband wird versuchen, das gute Bild unter der Devise "Kunst ins Heim" auch in die SW-Möbelaktion einzubauen.

Die Gauguin-Ausstellung wurde von mehr als 105.000 Personen besucht. Für das Jahr 1961 ist in der Zeit von Mitte April bis Mitte Juni eine Ausstellung von Werken Cezannes vorgesehen, die wieder im Oberen Belvedere ihren Platz finden wird. Bisher haben 52 Einzelbesitzer und Museen zugesagt, Bilder dieses Meisters zur Verfügung zu stellen. Allerdings wird die Durchführung derartiger Großausstellungen von Jahr zu Jahr schwieriger, weil die Besitzer der Bilder ihre Schätze bei sich haben wollen und die Versicherungssummen untragbare Höhen erreichen. Durch die bisher durchgeführten Expositionen ist es jedenfalls gelungen, Anschluß an die Welt zu finden.

Im Mai kommenden Jahres werden auch die Bildhauer-Werkstätten fertiggestellt sein, die an der Simmeringer Hauptstraße errichtet wurden. Sie sollen an solche Plastiker befristet überlassen werden, die wohl einen größeren Auftrag erhalten, ihn aber mangels eines geeigneten eigenen Ateliers nicht erfüllen können.

Unser Augenmerk gilt auch der Literaturpflege und dem Bestreben, das gute Buch jeder Art mit den Menschen in Kontakt zu bringen. Am stärksten wirken hier wohl unsere Städtischen Büchereien, die mit 11,8 Millionen Schilling für das Jahr 1961 dotiert sind. Sie haben ihren Arbeitsbereich so ausgeschöpft, daß für den derzeitigen Bestand die Kapazitätsgrenze im allgemeinen erreicht sein dürfte.

Die Leserzahl hat sich seit 1950 um 107 Prozent erhöht und hält derzeit bei 52.678. Auf jeden Leser entfallen 26 Entlehnungen im Jahr. Jede Bücherei hat eine Kinderbücherei angeschlossen. Die beiden Lehrlingsbüchereien weisen derzeit einen Stand von 3.232 auf. Der Bücher-Autobus versorgt 21 Abgabestellen im Norden und Nordosten Wiens. Er hat einen Buchbestand von 5.850 Bänden und einen Leserstand von 1.740.

#### Die Volksbildung in Wien

Eines unserer Hauptanliegen ist die Förderung der Volksbildung. Es muß die Aufgabe aller Verantwortlichen der Volksbildung sein, ihr Programm und ihre Organisation so zu gestalten, daß sie den jeweiligen Anforderungen entsprechen. Es muß dem Menschen in seinem Wunsch nach Bildung ebenso entgegenkommen, wie es ihm helfen muß, sich in der immer komplizierter werdenden Gesellschaft zurecht zu finden. (Beifall bei der SPÖ.)

Für das kommende Jahr soll die Subvention an den Verband der Wiener Volksbildung um 200.000 Schilling erhöht werden, um eine längst fällige Nachziehung der Dozenten honorare zu ermöglichen. Der Gemeinderat hat im letzten Jahr ein Bauprogramm für neue Volksbildungshäuser beschlossen, und dieses Programm ist in voller Realisierung begriffen. Die beiden Volksheime 10, Arthaberplatz, und 19, Heiligenstädter Straße, werden im Jahre 1961 fertiggestellt. Die Planungen für die Volksbildungsheime 21, Siemensstraße, 22, Schüttaustraße, 16, Ottakringer Straße, und 23, Oelzeltgasse, stehen vor dem Abschluß.

Die Bauarbeiten an der Wiener Urania und dem Volksheim Ludo Hartmann-Platz sind im Gange.

Die ersten Fühlungen über die Errichtung eines Planetariums im Prater wurden aufgenommen. Wir wollen es mit Räumen für ein Pratermuseum verbinden und mit Vorführungsmöglichkeiten für Kulturfilme ausstatten. Ein Planungsbetrag von 100.000 Schilling ist im Budget vorgesehen.

Die Stadt Wien hat in den letzten Jahren - unser Landesjugendreferat hat sich hier verdienstvoll eingeschaltet - auch einige Stätten der Begegnung für unsere Jugend geschaffen. Im kommenden Jahr wird im Zusammenwirken mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Zentralsparkasse ein Haus der Wiener Jugend einge-

richtet und wir planen, auch auf dem freien Gelände im Körner-Hof in den nächsten Jahren ein solches Jugendzentrum zu errichten.

Die Reform des Stipendienwesens der Stadt Wien konnte durch den Beschluß vom 1. Juli 1960 durchgeführt werden. Wir vergeben derzeit rund 190 Stipendien zu 800 Schilling monatlich an Hochschüler mit sehr gutem Studienerfolg und 190 Stipendien zu 300 Schilling monatlich an Mittel- und Fachschüler, ebenfalls mit sehr gutem Studienerfolg und darüber hinaus Studienbeihilfen und Schulgeldermäßigungen an Schüler verschiedener Lehranstalten. Für das Jahr 1961 ist wieder ein Betrag von 2,7 Millionen Schilling vorgesehen. In den nächsten Jahren wird dieser Betrag noch erhöht werden müssen.

Die Landesbildstelle wird im nächsten Jahr ihre Unterkunfts-räume in der Sensengasse verlieren. Für sie sollen neue Räume im Gebäude der aufgelassenen Schule 7, Zieglergasse 49, adaptiert werden. Die Kosten hierfür werden rund 2,8 Millionen Schilling betragen. Mit der Neugestaltung der Laboratorien wird die Landesbildstelle auch mit den so dringend nötigen Einrichtungen eines Farblabors ausgestattet sein.

Die Stadtbibliothek hat auch in diesem Jahr ihre wissenschaftliche Aufgabe erfüllt. Sie vermehrt ihre Bestände und ordnet aus den Nachlässen ein, was noch aus den Nachkriegsjahren zurückblieb. In diesem Jahr allein etwa 24.000 Autographe. In der Fachwelt außerordentlich geschätzt sind die Kleinausstellungen im Lesesaal der Bibliothek, deren hundertste eben jetzt läuft.

Das Historische Museum hat in diesem Jahr mit der Grundaufstellung im zweiten Stockwerk (19. und 20. Jahrhundert) begonnen. Es ist zu hoffen, daß die Eröffnung auch dieses Stockwerks bald vorgenommen werden kann. Interessant waren die drei Großausstellungen, und zwar "Das Kind und sein Spielzeug", "Das Wiener Zeughaus" und "Topographische Entwicklung Wiens im 19. Jahrhundert". Die Römische Ruinenstätte auf dem Hohen Markt wird erweitert und in eine würdige Form gebracht.

Das Zentraldepot des Archivs der Stadt Wien in der Kandlgasse steht unmittelbar vor seiner Vollendung. Die Kosten belaufen sich auf 9,6 Millionen Schilling. Fachleute bezeichnen das neue Depot als eine außergewöhnlich glückliche Lösung.

Zur Förderung des Körpersports in unserer Stadt wurden 80 Sportanlagen und 30 Spielplätze mit einem Ausmaß von rund 2,320.000 Quadratmeter gegen eine Miete von zwei bis vier Groschen pro Quadratmeter an Sportvereine verpachtet. Rund 45 Spielplätze mit einer Fläche von 315.000 Quadratmeter betreiben wir in Eigenregie.

Die Erweiterungsbauten am Wiener Stadion sind abgeschlossen. Die Wiener Stadthalle geht mit Erfolg in ihr viertes Betriebsjahr und hat sich als Mehrzweckhalle außerordentlich bewährt. Eine große Erleichterung wird der Garderobenanbau für die Ballhalle bringen.

Wie in den Jahren bisher wurden auch für das Schuljahr 1960/61 230 Turnsäle an 451 Vereine zu den Selbstkosten abgegeben.

Der Wiener Sportgroschen hat 2,3 Millionen eingebracht, die als Subventionen ausgeschüttet wurden.

Für 1961 sind vorgesehen: der Bau einer Großsportanlage in Wien 10, Gußriegelstraße, die Errichtung einer Kegelbahn an Stelle einer gleichen Anlage, die aufgegeben werden muß, und der Bau von neun weiteren Spielplätzen in verschiedenen Bezirken Wiens. Selbstverständlich wird im Zuge des Schulrenovierungs-Programmes auch die Renovierung der Turnsäle fortgesetzt.

Eine große Sparte dieser Geschäftsgruppe bildet die Schulverwaltung. Zuerst ein Wort über die Schülerzahlen in Wien. Sie sind noch weiter im Absinken. Hatten wir 1951/52 noch 4.688 Klassen mit 149.214 Schülern so wiesen wir 1959/60 nur 3.062 Klassen mit 87.570 Schülern aus und werden 1960/61 auf 3.069 Klassen mit 86.341 Schülern kommen.

Der Tiefstand wird 1963/64 mit 76.000 Schülern erreicht werden. 1965/66 werden wir erst mit 81.000 Schülern rechnen können. Über diese Zeit hinaus kann niemand eine Entwicklung voraussehen. Das und der Zug der Bevölkerung an die Stadtränder macht eine Planung des Raumbedarfes unerhört schwer. Momentan in Bau oder unmittelbar vor Baubeginn stehen das Sonderschulgebäude 21, Franklinstraße (10,6 Millionen S), die Volks- und Hauptschule Mauer (25,5 Millionen S), der Schulzubau 21, Reisgasse (13 Millionen S) und die Hauptschule 16, Grundsteingasse (18 Millionen S).

In Planung sind eine Volksschule in 10, Wienerfeld-West, eine Hauptschule in 11, Enkplatz, eine Volks- und Hauptschule in 19, In der Krim, eine Volks- und Hauptschule in 21, Jedlesees-Strebersdorf

und eine Volksschule in 22, Ebling. Diese Bauten werden zum Teil alten Schulraum ersetzen, zum Teil dort Schulraum schaffen, wo zufolge umfangreicher Wohnbautätigkeit neue Schulen erforderlich sind.

Auf dem Sektor der Berufsschulen wurde der Bau der Berufsschule für Fleischer in St. Marx und der Bau des dritten Zentralberufsschulgebäudes begonnen. Seit dem Jahre 1945, also in einem Zeitraum von 15 Jahren, wurden in Wien 17 Schulgebäude, 12 Schulpavillons und zwei Turnsaal-Pavillons mit einem Kostenaufwand von rund 100 Millionen Schilling neu gebaut.

Unser Modernisierungsprogramm 1960 umfaßt insgesamt 24 Schulgebäude, neun weitere werden 1961 begonnen. Bisher wurden 143 Schulgebäude <sup>adaptiert,</sup> und nach unseren Plänen sollen bis Ende der Funktionsperiode des Gemeinderates alle Wiener Schulhäuser, die auch in Zukunft verwendet werden sollen, auf einen, den modernen Anforderungen entsprechenden Stand gebracht werden. Wir haben noch etwa 58 Schulgebäude dieser Verjüngungsprozedur zu unterwerfen. Auch die Innenausstattung der Schulen wird weiter verbessert. Die alten Schulbänke sind nun zur Gänze verschwunden und haben modernen Tischen und Sesseln Platz gemacht. Von den neuen Büchern für die Klassenlektüre wurden bisher 48 Bände für einen Betrag von mehr als sechs Millionen Schilling angekauft und eingestellt.

An den Berufsschulen wird die Schülerzahl in den nächsten Jahren stark abnehmen; sie dürfte sich bei etwa 27.000 Schülern stabilisieren. 100 verschiedene Gewerbebezüge werden hier im theoretischen Unterricht und in 160 Lehrwerkstätten auch im praktischen Unterricht betreut. Wir unterstützen alle Bestrebungen, die zu einer guten fachlichen Ausbildung unserer Jugend führen. Wir sind bestrebt, sie reif zu machen für den Konkurrenzkampf, dem sie beim wirtschaftlichen Zusammenschluß unseres Kontinentes ausgesetzt sein wird.

Das Gebäude des Pädagogischen Institutes steht vor der Vollendung. Niemand, der das alte Gebäude kannte, würde es in seinem jetzigen Zustand wiedererkennen.

Die Modeschule der Stadt Wien, unsere wohl originellste Anstalt, hat auch im abgelaufenen Jahr ihren ausgezeichneten, über die Grenzen unseres Landes reichenden Ruf halten können. Sie weist einen Stand von 261 Schülerinnen aus, von denen 30 aus dem Ausland stammen. Der Kontakt mit der Textilindustrie und den Modegewerben ist ausgezeichnet. Die Modelle der neun Modeschauen, die von 4.493

Personen besucht waren, stammen zur Gänze aus österreichischen Industrieerzeugnissen.

### Der Fremdenverkehr

Der Wiener Fremdenverkehr hat auch in diesem Jahr eine gute Entwicklung aufzuweisen, und wir haben berechtigte Aussicht auf weitere Steigerungen, insbesondere wenn einmal der Fleckerlteppich der Autobahn zu einem richtigen Laufteppich geworden ist. Die Zahl der Ausländernächtigungen hat im Jahr 1959/60 1,820.238 erreicht und damit gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um fast sechs Prozent erzielt.

Die Campingplätze erweisen sich als zu klein. Hier waren im letzten Jahr 61.104 Nächtigungen zu verzeichnen. Die Gemeinde wird den Campingplatz West großzügig ausbauen. Auch unsere beiden Jugendgästehäuser sind in den Sommermonaten bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgelastet. Sie waren im letzten Jahr von 38.394 ausländischen Gästen besucht.

Die Stadt Wien baut nun ein Internationales Studentenheim, dessen erster Bauteil 300 Einzelzimmer umfaßt. Jedes Zimmer hat Waschgelegenheit, für je zwei Zimmer ist eine Brausekabine eingebaut. Jedes Stockwerk hat außerdem Wannenbad, sanitäre Anlagen, Teeküche usw. Das Studentenheim soll sowohl von inländischen als auch von ausländischen Studenten benützt werden. Im Sommer wird das Haus als einfaches Hotel dem internationalen Reiseverkehr zur Verfügung stehen. Im Budget 1961 ist dafür ein Betrag von zehn Millionen Schilling eingesetzt.

In den letzten Jahren ist es uns gelungen, die sogenannte tote Konzert- und Theatersaison, die gerade in die Zeit des stärksten Fremdenverkehrs fällt, zu überbrücken und ein Sommerprogramm aufzubauen, das unsere Gäste aus dem Ausland zufriedenstellt.

Den Höhepunkt künstlerischen Geschehens in unserer Stadt bilden nach wie vor die

### Wiener Festwochen.

Das Programm für 1961 ist das erste, das der neue Intendant unter eigener Verantwortlichkeit entworfen hat und das nun der Durchführung harret. Es ist auch das erstemal, daß es gelingen dürfte, die Wiener Sprechbühnen unter dem Motto "Die Idee der Freiheit im Drama" zu gemeinsamer Planung und Gestaltung zu ver-

anlassen. Es ist allerdings nicht leicht, die in Wien existierenden, meist einander widerstrebenden Organisationen und Gruppen für ein gemeinsames Konzept zu gewinnen. Da wir uns einmal vorgenommen haben, den Wiener Festwochen ein wenn auch sich wandelndes Konzept zu geben, müssen wir auf dieser Konzentration aller Kräfte bestehen, und es wird von manchen Stellen noch zur Kenntnis genommen werden müssen, daß in diesen vier Festwochen Teilwünsche einer großen Aufgabe werden weichen müssen. Das Europa-Gespräch im Rahmen der Festwochen 1961 steht unter dem Thema "Die voraussehbare Zukunft". Wir wollen die Frage, was die Zukunft bringen wird, von Philosophen, Politikern, Wirtschaftlern und Soziologen beantworten lassen.

Abschließend dankte der Referent den Mitgliedern des zuständigen Gemeinderatsausschusses für die amicale Zusammenarbeit und allen Mitarbeitern im Bereich seiner Geschäftsgruppe. Jeder einzelne habe getan, was er konnte, um die wunderbare Atmosphäre zu erhalten, die in der ganzen Welt geliebt und geschätzt wird, und diese Arbeit gerne getan, stolz auf den Weg, den er mit uns allen gehen konnte, vom Trümmerhaufen, der diese Stadt vor 15 Jahren noch gewesen war, bis zur Weltstadt, die sie heute wieder geworden ist. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

#### Die Kulturdebatte

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, daß die Förderung des kulturellen Lebens, die Pflege von Wissenschaft und Kunst und die Entfaltung des Schulwesens untrennbar mit einer Stadt verbunden sein müßten, die Anspruch erhebt, eine Weltstadt zu sein. Wien sei jedoch noch weit davon entfernt. Es stehen zwar der Geschäftsgruppe Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung im kommenden Jahr 334 Millionen zur Verfügung.

./.

Dieser Millionenbetrag verliert aber seinen Glanz, wenn man in Betracht zieht, daß pro Kopf der Bevölkerung 200 Schilling im Jahr 1961 für diesen so wichtigen Sektor aufgewendet werden. Größtes Augenmerk mußte dem Schulwesen zugewendet werden. Österreich ist auf dem Schulsektor heute weit hinter anderen Ländern zurückgeblieben. Unser Schulsystem und der Lehrstoff tragen in keiner Weise der heutigen Zeit Rechnung. Beim Bund wird um jeden Schilling für das Bildungswesen ein schwerer Kampf geführt. Die Schulgesetzgebung müßte gleichfalls modernisiert und der Einfluß der Kirche verhindert werden. Der Andrang zum Mittelschulstudium und zu den mittleren Fachschulen wird immer größer. Auch die Zahl der Studenten steigt ständig. In all diesen Fällen sind aber keine ausreichenden Schulen zur Verfügung. So sind unter anderem die technischen Mittelschulen nicht mehr in der Lage, alle interessierten Schüler aufzunehmen. Auch die Hochschulen sind überfüllt. Dabei sind die Ausgaben des Staates auf dem Schulsektor in den letzten Jahren ständig gesunken. Auch der Lehrplan der Schulen ist sehr veraltet. Die jungen Menschen müßten so ausgebildet werden, daß sie bereits in der Schule den Kontakt mit dem Berufsleben und der Entwicklung der Industrie und der Technik bekommen. Acht Pflichtschulklassen reichen heute nicht mehr aus. Der Redner fordert daher dringend die Einführung eines neunten und sogar zehnten Schuljahres. Bürgermeister Jonas habe sich schon wiederholt für die Einführung eines neunten Schuljahres ausgesprochen. Leider konnte man aber bei den Planungen von neuen Schulen noch nicht feststellen, daß der Einrichtung einer neunten Klasse Rechnung getragen wird. Eine dringende Notwendigkeit wäre auch die Errichtung mindestens einer Heimschule in jedem Bezirk. Daraus ergeben sich bei Schulneubauten eine Reihe dringender Schlußfolgerungen, die Berücksichtigung finden müßten. Der Redner stellt den Beschlußantrag, im 22. Bezirk, in Neu-Kagran, eine Volks- und Hauptschule zu errichten, da dieser Bezirksteil über keine Schule verfügt und die Kinder zur nächsten Schule einen sehr weiten Weg zurücklegen müssen. Der Redner tritt dafür ein, daß die Schulbildung einschließlich der Hochschulbildung jedem begabten Österreicher unentgeltlich möglich gemacht werden müßte. Heute kommen nur sieben Prozent aller Hochschulüler aus Arbeiterfamilien.



Bedauerlich ist auch, daß in Österreich nur sehr wenig Mädchen die Hochschule besuchen. Heute sind in Österreich die Kinder der arbeitenden Schichten und hier vor allem die Mädchen, weitgehend vom Hochschulstudium ausgeschlossen. Der Wiener Gemeinderat hat zwar in diesem Jahr durch die Schaffung eines Stipendienwerkes einen ersten Schritt getan. Die ausgeworfenen Beträge seien aber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. GR.Lauscher tritt dafür ein, daß die Möglichkeit geschaffen werden muß, von einer Hauptschule in die Mittelschule übertreten zu können. Die Lehrer, auch die Volksschullehrer, müßten eine pädagogische Hochschulausbildung erhalten. Eine weitere Forderung des Redners ist, daß die Ausbildung der Lehrer allein Sache des Staates ist. Die Kinder dürften nicht schon in der Schule nach Religionsbekenntnissen aufgespalten werden. Die Anpassung des österreichischen Schulwesens kann nur erfolgen, wenn sie gegen den Widerstand der Klerikalen durchgesetzt wird. Nicht im Geist einer Pilgerfahrt nach Rom, sondern im Geist eines Otto Glöckel werden wir den Anschluß an die neue Zeit finden. Unsere Kinder sollen auf Grund einer wahrheitsgetreuen Darstellung des finsternen Abschnittes unserer Geschichte in die Lage kommen, die Gegenwart besser zu begreifen, danach zu wählen und zu handeln. Diesem Grundsatz sollten vor allem die Geschichtsbücher Rechnung tragen. Ein vergebliches Bemühen ist es, durch Propagierung des "Europagedankens" westlicher Prägung unsere Weltaufgeschlossenheit unter Beweis zu stellen. Wien als Hauptstadt des neutralen Österreich könnte eine wertvolle Arbeit im Interesse der Entspannung und Verständigung zwischen allen Staaten Europas, zwischen West und Ost, leisten. Auch an den Volkshochschulen sollte man der Zeitgeschichte mehr Aufmerksamkeit widmen.

Über Schmutz und Schund solle man nicht nur reden, sondern endlich dagegen etwas tun. Man darf nicht vor der Filmindustrie und den Konzernen der Schundproduktion kapitulieren. Die KIBA könnte durch Ablehnung der schlimmsten Filmmachwerke Filmpolitik treiben. Die Gemeinde Wien müßte das gute Buch und den wertvollen Film stärker fördern. Das Netz der Jugendklubs müßte mehr auf die dichtbevölkerten Außengebiete ausgedehnt werden. Das Theatersterben in Wien hält weiter an. Der mangelnde Besuch

ist eine gesellschaftliche Erscheinung, denn in den Volkdemokratien gibt es volle Theater. (GR. Liwanec (SPÖ): Auch unter Hitler hat es volle Theater gegeben!) Bei den Theateraufführungen in den Außenbezirken, die oft auf ungeeigneten Bühnen vor sich gehen, fehle das Theatermilieu. (GR. Frieda Nödl (SPÖ): Aber die Leute sind begeistert!) Der Redner stellte den Antrag, in den Bezirken nördlich der Donau ein neues Theater zu errichten. Die politischen Berichte und Reportagen in Radio und Fernsehen bezeichnete der Redner als Hohn auf die demokratischen Grundsätze, da sie vollkommen einseitig seien.

Die Sportförderung sei ungenügend. Wien besitzt heute weniger Sportplätze als vor dem Krieg. In zwei weiteren Anträgen verlangte GR. Lauscher eine Unterstützung des Sports auch aus allgemeinen Budgetmitteln und eine Novellierung des Spiel- und Sportplatzschutzgesetzes, wodurch es auch möglich sein soll, Grundstücke für Sportplätze anzufordern. Im Bereich von Gemeindebauten sollte man auch Spielräume und Spielplätze anlegen.

Die Wiener Festwochen tragen ihren Namen mit Recht, wie schon die ständig steigende Besucherzahl beweist. Im Rahmen dieser Festwochen sollte man auch ausländische Bühnen, etwa das Brecht-Theater, einladen.

Die Kommunisten ersehen im Bereiche der Wiener Kulturverwaltung das Bemühen zu positiven Leistungen und werden daher trotz Kritik und Vorbehalten den Budgetansätzen dieser Gruppe zustimmen.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) weist darauf hin, daß das Kulturbudget in diesem Jahr 5.3 Prozent des Gesamtbudgets betrug, während 1961 334 Millionen oder 5.5 Prozent des Gesamtbudgets veranschlagt sind. Diese Steigerung ist sicherlich erfreulich, aber doch ziemlich gering, besonders wenn man bedenkt, daß in Wien sehr viele kulturelle Ausgaben vom Bund übernommen werden.

Aufgabe des Kulturamtes müsse es seiner Meinung nach sein, das Vergangene zu erhalten und das Neue zu fördern. Alle Fraktionen waren sich auch über die Notwendigkeit der Erhaltung des historischen Stadtbildes einig. Die Praxis sieht leider anders aus, wie das Beispiel der Häuser in der Sterngasse beweist.

Bei der Kunstförderung bezeichnet es der Redner als einen wesentlichen Mangel, daß nicht auf die Einheit des Stils geachtet

wird. Bauwerk und künstlerische Ausschmückung müßten eine Einheit bilden. Das ist aber nicht immer der Fall.

Der Redner unterstreicht auch die Forderung der bildenden Kunst auf kulturelle Freiheit, wendet sich aber gegen die Förderung von offensichtlichen Extravaganzen.

Er begrüßt den Beschluß des Gemeinderates zur Schaffung eines Stipendienwerkes und die Errichtung des internationalen Studentenheimes, sprach jedoch die Hoffnung aus, daß auch für die einheimischen Studenten möglichst bald etwas ähnliches errichtet wird.

Bei den Festwochen habe man manchmal den Eindruck, daß das Programm schon zu umfangreich geworden ist, um alles überblicken zu können. Der Redner regt an, eine Ausstellung einmal einem einheimischen Maler zu widmen, wie zum Beispiel Waldmüller oder Amerling.

Zu den Schulen bemerkt GR. Dr. Broesigke, abgesehen von Kleinigkeiten (bei der Schule in der Leopoldgasse wurde auf die Zentralheizung vergessen) ist anzuerkennen, daß die Gemeinde gerade auf dem Gebiet des Schulbaues viel geleistet hat. Was hilft das aber, wenn wir sehen müssen, daß in rechtlicher Beziehung und in der Frage der Lehrpläne ein Durcheinander sondergleichen herrscht.

Zur Frage des Jugendproblems: Die Bekämpfung von Schmutz und Schund muß hier im Vordergrund stehen, aber nicht nur bei den Filmen, sondern auch beim Schrifttum. Leider fehlt es hier an positiven Erziehungsidealen. Das muß allerdings keineswegs heißen, daß dieses Erziehungsideal einheitlich sein soll.

Abschließend gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Kulturbudget der Gemeinde Wien.

Als nächster Debattenredner meldet sich GR. Bittner (ÖVP) zu Wort: Die entscheidende Begegnung des Menschen mit der Welt, sagt er, die dieser kraft seiner Freiheit ordnet und zu einer Welt werden läßt, vollzieht sich in der Kultur. Kultur ist das, was den Menschen unmittelbar vom Tier unterscheidet, sie ist ein Wesensmerkmal seines Daseins. Darum kann Kultur nicht gemacht werden, sie kann nur im Raume geistiger Freiheit wachsen. Ihr Ziel ist die Verwirklichung des Wahren, Schönen, Guten und auch Heiligen. Bildung ist kein fester Besitz, sondern ein

ständiger Wachstumsprozeß.. Wissen ist wohl unentbehrlich, aber doch nur eine schmale Basis der Bildung.

Da es heute praktisch kein privates Mäzenatentum mehr gibt, führt er weiter aus, liegt bei allen öffentlichen Stellen eine große Verantwortung, das richtige Maß einer Kulturförderung zu finden. Leider neigt der Trend aller politischen Richtungen, bei denen das Kollektiv eine große Rolle spielt, zu einer zentralistischen Verplanung und zum Dirigismus.

GR. Bittner beschäftigt sich dann mit den Ausführungen des Referenten und gibt seiner Genugtuung über die angekündigte Aussprache mit Bundesminister Dr. Drimmel Ausdruck. Die Wiener Festwochen, sagte er, haben in den letzten Jahren immer an Bedeutung gewonnen. Er begrüßt es, daß heuer zum erstenmal dem Wunsche Rechnung getragen wurde, dieses große kulturelle Ereignis unserer Stadt einer führenden Hand anzuvertrauen. Er würde es begrüßen, wenn die kommenden Festwochen in Wien eine noch mehr spezifische Wiener Note erhalten würden und erinnert daran, daß 1965 die Wiener Ringstraße ihr hundertjähriges Jubiläum begehen wird und daß zugleich auch die Wiener Universität ihren 600jährigen Bestand feiert. Der Redner spricht sich auch dafür aus, den Bezirken, vor allem den Heimatmuseen, bei der Mitgestaltung der Festwochen mehr Initiative zu überlassen.

Zum Thema Jugendförderung regt er die Verwirklichung eines Landesjugendplanes an. Dies würde zum Bekenntnis beitragen, daß die Zukunft der Stadt die Jugend ist, in erster Reihe die organisierte, die einmal auch die Verantwortung für Wien tragen muß. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen erinnert GR. Bittner daran, daß seine Fraktion schon wiederholt Anträge zum Problem Film gestellt habe. Er setze sich dafür ein, daß das Wort Jugendverbot aus den Kinoprogrammen gestrichen werden sollte, denn es ist für die Jugend der beste Anreiz, die für sie nichtgeeigneten Filmvorführungen zu besuchen. Wien sollte sich auch an der Hilfe für unterentwickelte Länder beteiligen und dazu beitragen, ihre Länder aus der Geschicklosigkeit in die Zivilisation des 20. Jahrhunderts zu führen.

Zum Kapitel Volksbildung führt er aus, daß ihre Bildungsstätten für das Kulturleben Wiens von größter Bedeutung sind. Die Schule kann in der Regel nicht alles geben, was der Mensch im reiferen Alter für seine politischen Entscheidungen braucht. Die Stadtverwaltung müsse daher das größte Interesse an der Förderung unserer Volksbildungshäuser zeigen.

Über die Budgetansätze für das kommende Jahr hinaus, die er als erfreulich bezeichnet, möchte er anregen, für eine bessere räumliche Ausgestaltung der Volkshochschule Wien-West und der künstlerischen Volkshochschule etwas zu unternehmen. Andererseits wird von ihm begrüßt, daß jetzt die erste Rate für das Volksbildungshaus Floridsdorf flüssig gemacht wurde, und daß auch die Dozentenhonoreare besser dotiert werden. Im Zusammenhang appelliert er an die Privatwirtschaft, vor allem an die großen Konzerne, ihr Herz der Volksbildung nicht zu verschließen. Er gibt seiner Genugtuung über das Gedeihen der städtischen Musiklehranstalten Ausdruck, und spricht sich positiv über die angekündigten Bauten für das Berufsschulwesen aus. In diesem Zusammenhang macht er auf die derzeit unzulängliche Unterbringung der Berufsschule für den Einzelhandel im 20. Bezirk aufmerksam. Er begrüßt ferner die in Angriff genommene Umgestaltung des Theaters an der Wien und gibt dem Wunsche Ausdruck, es möge in Zukunft kein Theatergebäude mehr der Spitzhacke zum Opfer fallen. Abschließend richtet er an den Referenten die Frage, ob er jetzt in der Lage sei, endgültige Abrechnungen für die Wiener Stadthalle und das Historische Museum der Stadt Wien vorzulegen.

Das Zusammenwirken im Gemeinderatsausschuß III bezeichnet er als erfreulich, nicht zuletzt auch deshalb, weil der Stadtrat die Mitglieder rechtzeitig und erschöpfend über alle Angelegenheiten seiner Geschäftsgruppe unterrichtet. Er erklärt, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe die Zustimmung geben wird.

GR. Liwanec (SPÖ) geht auf einige prinzipielle Angelegenheiten ein. Er verweist zum Beispiel darauf, daß der Mensch den Einbruch der Technik in sein Leben wohl zur Kenntnis genommen, aber bei weitem noch nicht bewältigt hat. Neben dieser Behauptung gibt es eine zweite von eigentlich noch größerer Tragik. Es ist heute den Menschen selbst oder ihren Interessenvertretungen gelungen, ein immer größeres Maß an Freizeit zu erreichen. Es ist ihnen aber vielfach nicht gelungen, mit dieser Freizeit etwas anzufangen. Alle verantwortlichen Stellen müßten sich bemühen, den Menschen zu helfen, zu einer guten Freizeitgestaltung zu kommen.

Der Redner kommt sodann auf die Leistungen des Bundes auf dem kulturellen Sektor zu sprechen. Es wird wiederholt behauptet, daß das kulturelle Leben Wiens von den überragenden Leistungen der

Bundestheater, vor allem von Burg und Oper, beherrscht wird. Diese Leistungen sollen sicherlich nicht bestritten werden. Sie können aber die Belastung, die der Bund der Stadt Wien durch den Schulskandal auflastet, in keiner Weise wettmachen. Es wurde heute bereits darauf hingewiesen, daß die Entwicklung unserer Wissenschaft mit der anderer Länder nicht Schritt hält. Auch das ist eine Auswirkung des Mittel- und Hochschulskaudales. Die Stadt Wien ist bereit, durch Finanzhilfe die dringendsten Reparaturen an den Mittelschulen zu ermöglichen. Die meisten Debattenredner haben als eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinde Wien die Jugendförderung und Jugenderziehung in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung gestellt. In diesem Zusammenhang muß auf die hervorragende Arbeit des Landesjugendreferates hingewiesen werden. In Wien geschieht auf dem Gebiete der Jugenderziehung viel Positives.

Viel wurde auch über die Entwicklung der Wiener Theater und Kinos gesprochen. Dazu müssen einige Zahlen betrachtet werden. Im Jahre 1914 betrug der Fassungsraum der Wiener Theater 19.239 Personen, 1928 24.000 Personen, er sank 1937 auf 20.951 und beträgt derzeit 13.044. Man darf aber die Entwicklung nicht nur von dieser Seite betrachten. In dieser Zeitspanne ist die Einwohnerzahl Wiens von 2,225.000 im Jahre 1914 auf 1,760.000 heute gesunken. Das bedeutet, daß sich die Einwohnerzahl um etwa 25 Prozent, der Fassungsraum der Bühnen um rund 33 Prozent, verringert hat. Im gleichen Zeitraum, und das beweist wiederum das Eindringen der Technik, hat sich der Fassungsraum der Wiener Kinos von 40.000 auf 87.400 erhöht. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß die Erfindung des Tonfilms dem Theater immer mehr den Einfluß wegnahm. Das Kino hätte jedoch damit auch die kulturelle Aufgabe des Theaters mitübernehmen müssen. Gerade diese volksbildnerische Aufgabe wird aber von vielen Produzenten und Kinobesitzern mißachtet. Ein neues Medium der Technik ist das Fernsehen. Es wird immer wieder darüber geklagt, daß das Fernsehen an dem Besucherschwund der Kinos schuld ist. Vielfach wurde auch die Forderung nach Befreiung von Abgaben und Steuern für die Kinos erhoben. Sicherlich hat das Fernsehen eine rasante Entwicklung genommen. Trotz der steigenden Zahl der Fernsehteilnehmer seit 1957 sind im gleichen Zeitraum auch die Zahl der Kinobesucher und die Einnahmen gestiegen. In anderen Ländern

zeigt es sich bereits, daß die Sättigung beim Fernsehen wesentlich früher eintritt, als bei den Kinobesuchen. Alle diese Tatsachen beweisen, daß es nicht stimmt, wenn zur Sanierung der Kinos immer wieder als einzige Maßnahme die Streichung der Vergnügungssteuer verlangt wird. Es ist heute so, daß sich die Leute eben schlechte Filme nicht mehr anschauen wollen. Dieser Tatsache sollen Produzenten und Kinobesitzer Rechnung tragen, dann werden auch die Kinos wieder besser besucht sein. Der Redner kommt sodann auf die Jugendverbote zu sprechen. Seiner Meinung nach sind solche Zensuren in einer Demokratie nicht am Platze. Auf kulturellem Sektor ist mit Verboten nichts getan. Der Bekämpfung von Schmutz und Schund muß die Förderung des guten Filmes dienen. Auch in dieser Hinsicht geschieht durch die Stadt Wien, das Landesjugendreferat, private Bildungsorganisationen und die Bildungsbestrebungen der beiden großen politischen Parteien, sehr viel.

Die Gemeinde Wien bemüht sich sehr, den Privattheatern zu helfen. Diese könnten ohne die Hilfe der Gemeinde nicht existieren. Man sollte darum diese Leistung nicht dauernd negieren und verkleinern. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun. Sehr oft wird bemängelt, daß im Sommer zu wenig Theater spielen. Aber die Versuche, zwei Wiener Privattheater zum Durchspielen über die tote Saison zu bringen, waren nicht ermutigend. Die Josefsstadt konnte zwar ihre Karten zu 81 Prozent verkaufen, aber im Raimundtheater betrug der Besuch im Juli 28 Prozent und im August gar nur 18 Prozent. Niemand bestreitet es, daß Wien eine Operettenbühne braucht und daß man die gute Wiener Operette fördern soll. Man soll aber nicht dilettantische Versuche unterstützen, die auch das Publikum ablehnt. Man wird auch allmählich zum System einer Kontrolle darüber kommen müssen, was mit den Steuergeldern in den subventionierten Theatern geschieht.

In der Kunstförderung haben wir der Zukunft gegenüber die Verpflichtung, den heute schaffenden jungen Komponisten und bildenden Künstlern die Möglichkeit der Arbeit zu geben, weil das Lizenstatentum früherer Zeit nicht mehr existiert. Ob das, was diese Künstler schaffen, gut oder schlecht ist, mögen andere entscheiden.

Auf den Gebieten der Kultur und Schule sind wir bemüht, geistig

kulturell und gesellschaftlich heute den Menschen zu formen, der imstande ist, die Zukunft vorzubereiten. In diesem Sinne werden die Sozialisten den Budgetansätzen dieses Kapitels die Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ und bei der ÖVP.)

In seinem Schlußwort hob Vizebürgermeister Mandl hervor, daß man sich in den nächsten Jahren noch viel mehr als bisher mit den Problemen der Jugend beschäftigen müsse. Bei der Jugendarbeit sollte man aber vermeiden, daß es wieder zu einheitlichen und genormten Jugendorganisationen kommt. Die Jugend soll diskutieren und um die Probleme ringen. Sie ist aber selbst nicht damit einverstanden, wenn wir ihre Arbeit reglementieren wollen. Bei der Bekämpfung von Schmutz und Schund ist die positive Arbeit viel wichtiger als alle Verbote. Kinder- und Jugendbüchereien leisten auf diesem Gebiet aktive Arbeit.

Filmangelegenheiten sind Landessache, und es ist darum zu verstehen, daß die Länder versuchen, ihre Kompetenzen gegen Eingriffe des Bundes zu wahren. Es hat keinen Sinn, eine Filmprädikatisierungskommission für jedes Bundesland zu schaffen. Die Bundesländer wollen zu einer einheitlichen Kommission kommen, ohne sich der Kommission des Bundesministeriums zu bedienen. In langen Verhandlungen ist es nun gelungen, eine Art Koalition der Bundesländer zustande zu bringen und in Wien eine gemeinsame Kommission zu bestellen. Diese Kommission, die in Kürze zu aktiver Arbeit kommen wird, wird die Prädikatisierung der Filme einheitlich für ganz Österreich durchführen. Die Filmproduktion muß sich aber endlich einmal bewußt werden, daß es eine moralische Verpflichtung gibt, die sie zu erfüllen hat.

Selbstverständlich ist es die Pflicht der Gemeinde, den Sport zu fördern und zu subventionieren. Man soll aber weder auf dem kulturellen noch auf dem sportlichen Gebiet die Menschen zu einer gewissen Rentnermentalität erziehen. Es gab eine Zeit, in der sich die jungen Menschen ihre Sportplätze selbst gebaut haben. Heute scheint es fast so, als müßte man den jungen Leuten nicht nur Sportplätze und Dressen zur Verfügung stellen, sondern noch eine goldene Uhr geben, damit sie Sport betreiben.

Wir müssen weiter bemüht sein, das Gesicht unserer Stadt zu bewahren, umsomehr als Wien eine der wenigen Großstädte in Europa ist, die ihr Gesicht als Stadt noch erhalten hat. Viele deutsche Großstädte bauen im Sinne der heutigen Zeit, aber das alte Kultur- ist dort verlorengegangen.



Die Freizeitgestaltung wird eines der entscheidendsten Probleme der kommenden Zeit sein. Je weiter die soziale Entwicklung fortschreitet und je mehr die Menschen Zeit haben, desto stärker müssen wir darauf achten, daß die Zeit nicht unnützlich vergeudet und verschwendet wird. Es muß uns gelingen, die Freizeit zur Kulturzeit des Menschen zu formen.

Wien hat sein Haus auch auf dem kulturellen Sektor gut bestellt und ist zu einer Stadt geworden, die im internationalen Bereich wieder Geltung hat. 1945 sind wir vor Trümmerhaufen gestanden. Heute weiß das Ausland, daß Wien wieder seine Kraft gewonnen und sein Gesicht gewahrt hat. Darauf können wir alle stolz sein. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung, die Vorsitzender Fürstenhofer vornahm, wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, einstimmig angenommen.

Zwei Anträge des GR. Lauscher (KLS), nämlich eine Schule in Neu-Kagran und ein Theater nördlich der Donau zu errichten, wurden dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen; der Antrag auf stärkere Sportförderung wurde abgelehnt und schließlich der Antrag hinsichtlich einer Novellierung des Spiel- und Sportplatzschutzgesetzes dem Magistrat zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Rindernachmarkt vom 15. Dezember  
=====

15. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 6 Ochsen; Neuzufuhren Inland: 1 Ochse, 17 Kühe, Summe 18. Gesamtauftrieb: 7 Ochsen, 17 Kühe, Summe 24. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 15. Dezember  
=====

15. Dezember (RK) Neuzufuhren Inland: 36 Stück. Verkauft wurde alles.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Das Wiener Wohlfahrtswesen  
=====

Über die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, berichtet Stadtrat Maria Jacobi. Für das Jahr 1961 sind im Voranschlag 614 Millionen Schilling vorgesehen. Das bedeutet eine Steigerung um 32 Millionen. Davon entfallen allerdings 155,6 Millionen Schilling auf die Verwaltungsgruppe V, nämlich die Beträge für die Alters- und Lehrlingsheime. Der Aufwand für die Geschäftsgruppe IV allein beträgt rund 458 Millionen Schilling, das sind um 18 Millionen mehr als für das Jahr 1960 angesetzt waren, das sind 7.6 Prozent des Gemeindebudgets der Stadt Wien.

Unser Ziel muß sein, möglichst rasch und möglichst vollkommen, möglichst wenig bürokratisch jeder neuen gesellschaftlichen Situation gerecht zu werden. Darum sind wir auch bemüht, unsere Einrichtungen und Leistungen der städtischen Fürsorge zu verbessern und zu erweitern und Neues dazuzuschaffen.

Insgesamt sind 3.100 Mitarbeiter, mehr als neun Prozent aller Angestellten des Magistretes, in dieser Geschäftsgruppe tätig. Die Personallasten für die Fürsorgerinnen und Sozialbeamten, für die Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Erzieher, werden im Jahre 1961 nicht weniger als 137,385.100 Schilling betragen.

Zur Ausbildung von Sozialarbeitern bestehen im Rahmen des Wohlfahrtswesens der Stadt Wien zwei Schulen, nämlich die Schule für Fürsorgerinnen und die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen. Beide Institutionen, dazu das Wiener Institut für Heimerziehung und die Kurse, Seminare und Arbeitsgemeinschaften zur Fortbildung unserer Sozialarbeiter, genießen in Österreich und auch im Ausland ausgezeichneten Ruf.

Die Aufgabe des Jugendamtes ist es, kein einziges Kind allein und schutzlos zu lassen. Darum gilt die Obsorge in erster Linie den gefährdeten Familien, den berufstätigen, im besonderen den alleinstehenden Müttern. In Wien gibt es in zunehmendem Maße sehr junge Mütter. Die Statistik meldet für das Jahr 1959 557 Mütter im Alter von 14 bis 17 Jahren. Über 98 Prozent aller Frauen in Wien, die ein Kind erwarten, melden sich schon während der Schwangerschaft

im zuständigen Jugendamt für den Bezug der Säuglingswäsche. Diese hat in der neuen hübschen Plastiktasche noch mehr Zustimmung gefunden; ihr Inhalt wurde im Jahre 1960 um einen verbesserten Strampelanzug, um ein Rutschhoserl und einen netten Pullover vermehrt.

Die Blutprobe, der sich die werdende Mutter unterziehen muß, um die Säuglingswäsche zu erhalten, führt dazu, die Mutter von ihrer eigenen und der Gesundheit des werdenden Kindes zu überzeugen. Im Jahr 1960 werden es etwa 18.000 Mütter sein, die damit beigetragen haben, unsere kommenden Geschlechter gesund zu erhalten. Diese Art von Fürsorge für die Neugeborenen hat bestimmt dazu beigetragen, in Wien die Säuglingssterblichkeit in den Jahren 1957 bis 1959 von 4.08 Prozent auf 3.7 Prozent zu senken und es ist übrigens gute Aussicht, daß im Jahre 1960 die Statistik nur mehr 3.4 Prozent Säuglingssterblichkeit in Wien aufzeigen wird.

Wir freuen uns, auch feststellen zu können, daß unsere Mutterberatungsstellen besonders bei den jungen Müttern großen Anklang finden. Oft kommt es aber auch vor, daß Großmütter und Väter mit zu den Säuglingspflegekursen kommen.

Die bedeutendste und schwierigste Arbeit unserer Jugendämter und damit unserer Fürsorgerinnen ist aber die Betreuung sozial gefährdeter und erziehungsschwieriger Kinder. Es sei, um jedes Mißverständnis auszuschließen, sehr nachdrücklich betont, daß Mißhandlungen, die zu schweren Schädigungen des Kindes oder gar zu seinem Tod geführt haben, in Wien doch ganz, ganz selten vorkommen. Trotzdem akzeptieren wir bis zu einem gewissen Grade selbst Zeitungsnotizen, wenn sie nicht zu sensationell aufgemacht sind, wenn dadurch das Gewissen der Öffentlichkeit aufgerüttelt wird.

Für die Behandlung erziehungsschwieriger Kinder stehen besonders geschulte Fürsorgerinnen für den psychologischen und heilpädagogischen Dienst zur Verfügung. Auch im Wiener Institut für Erziehungshilfe, das im vergangenen Jahr seinen zehnjährigen Bestand feiern konnte, helfen besonders geschulte Fürsorgerinnen mit, gefährdeten Kindern und deren Eltern durch "vertiefte Einzelhilfe" wieder den Weg zueinander und damit zur seelischen Gesundheit zu finden.

Ein zweites gleiches Institut, welches im kommenden Jahr eröffnet werden wird, soll dazu beitragen, noch mehr Eltern und Kindern in ihren Sorgen und Nöten zu helfen und so wieder ein Stück unserem Ziel näher zu kommen, Wien zur Stadt der geordneten Familie und damit der glücklichen Kinder zu machen.

Und nun ein Wort zu unseren rund 24.000 Mündel und der Arbeit unserer 82 Amtsvormünder. Hier gilt es vor allem, die Mütter, die allein stehen, in einem oft schweren Daseinskampf zu unterstützen. Wenn es nötig ist, wird das Gesetz in Anspruch genommen, um den Kindern die ihnen gebührende Sorgepflicht zu sichern. Es werden nicht weniger als rund 60 Millionen Schilling sein, die im Jahre 1960 in 25.000 Konten geführt, zu Gunsten dieser Mündel verrechnet werden.

Ein anderes wichtiges Kapitel betrifft unsere Pflegekinder. Jedes dieser Kinder wurde in die Obhut der Gemeinde Wien übernommen, weil irgend eine Störung der sozialen Umstände oder eine besondere Erziehungsschwierigkeit aufgetreten ist. Knapp nach 1945 wird als Grund für die Übernahme in Gemeindepflege "wirtschaftlicher Notstand" angegeben. Die Ursache ist fast verschwunden. Aber noch immer gibt es Familien, die unter bedeutenden Wohnungsschwierigkeiten leben, sodaß deshalb Kinder, zumindest für eine bestimmte Zeit in ein Heim der Gemeinde Wien kommen. Trunksucht der Eltern spielt ebenfalls als Grund zur Abnahme eine Rolle. An erster Stelle aber stehen doch Schwererziehbarkeit und drohende psychische Verwahrlosung - ein Kapitel, das heute ganz Europa beschäftigt.

Jedes dieser Kinder wird, wenn es zu uns kommt, in entsprechend kindgemäßer Form durch den Arzt und den Psychologen untersucht, um festzustellen, in welche neue Umgebung es wohl am besten paßt. Das Jugendamt der Stadt Wien verfügt über gut differenzierte Erziehungsheime, aber gut geführte Heime haben eine bestimmte Atmosphäre, und wir versuchen im Augenblick durch neue Gestaltung die Heime in "Familien" umzuwandeln.

Viele unserer Pflegekinder, und zwar 1.156, haben bei Pflegeeltern ein echtes zweites Zuhause gefunden. Als wir im Sommer 135 Pflegemütter ehren konnten, die mehr als zehn Jahre ein Kind in Pflege haben, berichtete manche von ihnen stolz, daß dies eigentlich bereits das "Enkelkind" sei. Weil hier so selbstlos Kindern,

deren eigene Eltern versagt haben, von warmherzigen Menschen Liebe geschenkt wird, möchte ich auch von dieser Stelle aus all den Pflegemüttern und -vätern herzlich danken.

Seit 1. Jänner 1960 sind auch die zehn Erziehungsheime der Stadt Wien mit 2.300 Kindern in der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen. Für diese Heime ist ein Betrag von 66,4 Millionen Schilling präliminiert. Da ist das große Zentralkinderheim in Gersthof, in Wirklichkeit eine Kinderstadt mit 570 Kindern von null bis sechs Jahren, mitten im Grünen unter der leitenden Obhut einer begabten Frau. In der Nachbarschaft dieses Zentralkinderheimes ist das Mädchenheim Pötzleinsdorf, ein Landhaus, mit 56 gut begabten Mädchen, die außerhalb des Heimes die Schulen besuchen. Dasselbe gilt für das Kinderheim "Auf der Türkenschanze" in der Hartäckerstraße. Dort haben wir sogar Obermittelschüler, die oft ausgezeichnet zur Universitätsreife heranwachsen, während in dem großen Heim auf der Hohen Warte 155 Kinder untergebracht sind. Im 9. Bezirk unsere Kinderübernahmestelle, mit deren Umbau wir begonnen haben, um dort mit den ersten zwei familiengegliederten Gruppen beginnen zu können. Im "Schloß Biedermannsdorf" haben wir Sorgenkinder und in Klosterneuburg, am Bergufer der Donau, ist ein altes, aber gut gegliedertes Mädchenheim. In Rodaun wieder sind schwerst körperbehinderte Kinder. Dieses Heim wurde im Jahre 1917 von italienischen Kriegsgefangenen für Kriegswaisen erbaut. Dann das Schloß Wilhelminenberg mit seiner Beobachtungsgruppe und das Heim in Eggenburg.

Manches Mal müssen wir allerdings Kinder respektive Jugendliche wieder aus der Fürsorgeerziehung wegen "Aussichtslosigkeit der Fürsorgeerziehung", wie es amtlich heißt, entlassen. Was ist aber die Hauptursache, daß man das traurige Wort "Aussichtslosigkeit" ausspricht?

Ursprünglich wurde ein solcher junger Mensch wegen irgend eines Versagens von den Eltern gebracht - es gab mit ihm schwere Anpassungsschwierigkeiten entweder in der Schule oder in der Lehre; es waren das Kino, das Espresso, sogar das Tanzkaffee verlockender als ein meist leeres Daheim. Freunde schienen mehr zu bieten als

die Familie! Dann war der junge Mensch ins Heim gekommen - und jetzt versagten die gleichen Eltern als pädagogische Helfer: ihre Verbindung zu den Erziehern ist oberflächlich. So etwa decken sie selber das Devonlaufen aus dem Heim.

Umsomehr freute ich mich, vor wenigen Tagen 30 jungen Menschen aus Eggenburg zu ihrer Gesellenprüfung gratulieren zu können. Diese hatten dort ihre Lehrzeit gut durchgehalten und wir hoffen, daß es ihnen gelingt, ihr Leben zu meistern.

Unter den baulichen Herstellungen, für die neun Millionen Schilling ausgegeben werden, sind Umbauten in der Kinderübernahmestelle mit 950.000 Schilling, Adaptierungen im Zentralkinderheim mit 1,7 Millionen Schilling, der Neubau eines Heimes als Ersatz für das Kinderheim Rodaun mit einer ersten Baurate von 600.000 Schilling zu erwähnen.

Dazu kommt noch der Bau eines Mutter-Kind-Heimes in Simmering, in der Hasenleiten, wofür der Betrag von 630.000 Schilling vorgesehen ist.

Einen weiteren sehr großen Arbeitsbereich im Jugendamt der Stadt Wien bilden die Kindergärten, Horte und Tagesheimschulen. Mehr als 1.470 Kindergärtnerinnen und Wärterinnen dienen in diesem großen Bereich den jüngsten Kindern Wiens so vorbildlich, daß die Wiener Kindergärten Weltruf errungen haben.

Bis Ende 1960 werden den Wiener Müttern 176 Kindergärten und Horte mit 591 Gruppen, das sind um 30 Gruppen mehr als am Beginn dieses Jahres, für die Unterbringung der Kinder während ihrer Berufstätigkeit zur Verfügung stehen. Im Mai 1945 waren es 59 Gruppen, am 1. Jänner 1946 278 Gruppen - das bedeutet eine Zunahme von mehr als 100 Prozent in einem Zeitraum von 15 Jahren.

1961 wird wieder, wie jedes Jahr, eine Anzahl von Kindergärten, deren Bau 1960 begonnen hat, zu Ende geführt werden. Das sind elf neue Kindergärten. Der Neubau von sechs Kindergärten, und zwar in den Bezirken Leopoldstadt, Landstraße, Favoriten, Hernals, Donaustadt und Liesing, ist vorgesehen.

./.

Trotzdem wird es aber, und ich möchte das in aller Öffentlichkeit sagen, auch noch im nächsten Jahr nur sehr schwer möglich sein, alle Kinder aufzunehmen, deren Mütter berufstätig sind. Ich freue mich daher, zu hören, daß in einzelnen Großbetrieben die Bereitschaft besteht, Räume für die Unterbringung der Kinder der in ihrem Betrieb tätigen Frauen zur Verfügung zu stellen und ich hoffe, daß sich noch mehr Firmen, besonders jene, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind, diesem Beispiel anschließen. Ich habe auch dankbar vermerkt, daß Stadtrat Dr. Glück zusagte, wo immer es in den großen Spitälern möglich ist, geeignete Räume bereitzustellen, damit wir den Müttern unter unseren Schwestern besser helfen können.

In den letzten Jahren wird immer wieder die Forderung erhoben, für die Allerjüngsten, also für Säuglinge von den ersten Wochen ihres Lebens an, mehr Krippen zu errichten. Es ist sicher, daß Krippen notwendig sind und die Mütter dürfen überzeugt sein, daß die Wiener Jugendfürsorge auch dieses Verlangen weitgehendst berücksichtigen wird.

Die Ferienfürsorge wird im nächsten Jahr natürlich auch fortgesetzt. 7.900 Kinder, das sind um 1.150 Kinder mehr als im Vorjahr, werden in eigenen städtischen Heimen und Pachtheimen und 500 Kinder in italienischen Heimen vier Ferienwochen verleben können.

Der veränderte Altersaufbau hat die Wohlfahrtspflege vor neue Aufgaben gestellt. Im Jahre 1900 wurden in Wien 395.000 Kinder bis zum 14. Lebensjahr gezählt. 110.000 Personen waren über 60 Jahre alt. Im Jahre 1951 wurden 246.000 Kinder bis 14 Jahre, aber 327.000 Personen über 60 Jahre gezählt. Davon 204.000 Frauen und 123.000 Männer. Erst die Volkszählung des kommenden Jahres wird zeigen, ob und wie weit sich dieses krasse Mißverhältnis zwischen der Zahl der Kinder und der alten Menschen prozentuell verändert hat. Das Ergebnis aber wird maßgebend für unsere Aufgaben sein.

./.

Vor wenigen Jahrzehnten noch war eine der Hauptsorgen der arbeitenden Menschen die Sicherung ihrer Existenz im Alter, das allerdings nur wenige erreichten. Die Verbesserung des sozialen Verhältnisses, die Fortschritte der Medizin und der Hygiene haben aber in den letzten Jahrzehnten die Lebenserwartung beträchtlich gesteigert und jeder Wiener hat heute Aussicht, über 70 Jahre alt zu werden. Durch den Ausbau eines umfassenden Systems erlebt die übergroße Mehrheit aller Österreicher im Alter ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und nur einer immer kleiner werdenden Gruppe von älteren oder arbeitsunfähigen Personen muß ihr Lebensunterhalt von der Fürsorge der Länder gesichert werden. Interessant ist, daß im Jahre 1960 sich die Zahl der Befürsorgten nicht, wie auf Grund der Erfahrung der letzten Jahre geschätzt wurde, um durchschnittlich 100 Personen pro Monat verminderte, sondern bis Ende Oktober nur um durchschnittlich 58 Personen. Ende Oktober erhielten 9.591 Personen inklusive der Tbc-Befürsorgten gegenüber insgesamt 10.170 Personen am 1. Jänner 1960 eine Dauerunterstützung. Von unseren Befürsorgten sind 88 Prozent Frauen und nur 12 Prozent Männer. Altersmäßig sind die 70- bis 80jährigen mit 2.797 Frauen und 288 Männer am stärksten vertreten. Betreut werden aber auch noch 1.319 Frauen und 106 Männer zwischen 80 und 90 Jahren und 94 Frauen und 6 Männer zwischen 90 und 100 oder mehr Jahren.

In der Erwachsenenfürsorge wurden 1960 59,2 Millionen Schilling für Dauerunterstützungen, 1,5 Millionen Schilling für Landaufenthalsaktion, 2,1 Millionen Schilling für Tagesheimstätten, 555.000 Schilling für Ausflugsaktion, 400.000 Schilling für Lebensmittelpaketaktion, insgesamt also 63,755.000 Schilling ausgegeben. Die Zahl der Unterstützten betrug etwa 9.800 Personen.

Die Dauerunterstützungsbeträge konnten am 1. Jänner 1960 infolge der Reorganisierungsmaßnahmen in den Fürsorgeämtern um 50 Schilling erhöht werden. Somit hatte Wien den höchsten Richtsatz in Österreich. Inzwischen hat Salzburg und Tirol im Zusammenhang mit der Erhöhung der niedersten Sozialrente die Richtsätze den Wiener Richtsätzen angeglichen. Trotz der Erhöhung am 1. Jänner 1960 wird der Richtsatz für die gehobene Fürsorge neuerlich um 50 Schilling pro Monat erhöht, und zwar rückwirkend ab 1. November 1960. Die Auszahlung dieser Erhöhung kann aus rein



organisatorischen Gründen allerdings erst im Jänner 1961 durchgeführt werden. Ab 1. November 1960 erhalten der Alleinstehende 500 Schilling, der Hauptunterstützte 480 Schilling und der Mitunterstützte 270 Schilling. Hiezu kommt die Miete in voller Höhe, Bekleidung und eventuell notwendige Hausratsgegenstände und vom November bis März die Heizzulage von 100 Schilling pro Monat. Damit ist Wien in der Betreuung seiner ärmsten Mitbürger wieder führend, denn die gesamte Unterstützung, die die Befürsorgten erhalten, erreicht fast, und ist manches Mal sogar höher, als die niederste Sozialrente.

Im Budget 1961 ist für die Dauerunterstützungen ein Betrag von 54,5 Millionen Schilling vorgesehen, der sich aber infolge der Erhöhung um rund 5,5 Millionen Schilling auf 60 Millionen Schilling erhöhen wird. Ergänzt wird die Befürsorgung durch die Landaufenthaltsaktion, für die ein Betrag von 1,420.000 Schilling eingesetzt ist. Eine weitere wertvolle Hilfe für unsere Ältesten sind unsere Tagesheimstätten. Dafür sind 2,250.000 Schilling präliminiert, das ist um 330.000 Schilling mehr als im Vorjahr. Vier Tagesheimstätten konnten wir neu eröffnen, sodaß ab November 77 Tagesheimstätten zur Verfügung stehen. Es wird eine durchschnittliche Besucherzahl von 4.800 bis 4.900 Personen erwartet. Davon sind 77 Prozent Sozialrentner. (1959/60 waren es 73.5 Prozent.)

Im kommenden Sommer werden statt zwei nun drei Tagesausflüge mit den Besuchern der Tagesheimstätten durchgeführt. Diese Ausflugsaktion wurde auch für die Pfleglinge der Altersheime ausgedehnt.

Die Erwachsenenfürsorge besteht aber noch darin, eine Reihe von Gruppen hilfsbedürftiger Menschen zu betreuen, vor allem die Körper- und Sinnesbehinderten. Für die körper- und sinnesbehinderten Kinder gibt es bei uns einen wunderbaren Sonderkindergarten und eine neue Sonderschule; der Schulentlassenen nimmt sich teils "Jugend am Werk" an, teils kommen sie in die arbeits-therapeutische Kurse, die von der Stadt Wien für Körperbehinderte geführt werden. In den zehn Jahren, in denen nun diese Kurse geführt werden, konnten von den 946 Behinderten, die an den Kursen teilgenommen haben, 328 auf einen Arbeitsplatz vermittelt und so einem normalen Erwerbsleben zuregeführt werden. Im Budget sind für die Weiterführung dieser Kurse 320.000 Schilling eingesetzt.

./.

Durch die Novellierung des Blindenbeihilfengesetzes ist ab 1. Mai eine wesentliche Leistungsverbesserung dadurch eingetreten, daß ab diesem Zeitpunkt der Hilflosenzuschuß auf die Blindenbeihilfe nicht angerechnet und bei der Feststellung des Gesamteinkommens die Blindenbeihilfe außer acht gelassen wird. Dadurch haben sich die Ausgaben um rund 400.000 Schilling auf rund eine Million Schilling pro Monat erhöht. Für 1961 mußte daher ein Betrag von 12,9 Millionen Schilling ins Budget aufgenommen werden. Zu Jahresbeginn wird dem Wiener Landtag eine neuerliche Novellierung des Blindenbeihilfengesetzes vorge schlagen werden. Die Einkommensgrenze soll von derzeit 2.000 Schilling auf 5.000 Schilling monatlich erhöht werden. Es sollen damit auch jene, die durch eisernen Fleiß trotz ihrer Blindheit einen verantwortungsvolleren und daher besser bewerteten Arbeitsplatz ausfüllen, in den Genuß der Blindenbeihilfe kommen.

Wien tut das Möglichste, sagte Stadtrat Maria Jacobi abschließend, um die kommenden Generationen zu gesunden, selbstbewußten und arbeitsfreudigen Menschen heranreifen zu lassen, damit sie einst erfolgreiche Träger einer neuen Zeit werden. Im gleichen Maße aber fühlt sich die Stadtverwaltung verpflichtet, auch für alle alt gewordenen Mitbürger unserer Stadt im Wohlfahrtswesen so vorzusorgen, daß sie in unserer Gemeinschaft einen schönen Lebensabend sicher und geborgen verbringen können. Zum Schluß ihrer Ausführungen dankte sie im Namen des Wiener Gemeinderates allen Mitarbeitern im städtischen Wohlfahrtswesen für ihre wertvolle und aufopfernde Tätigkeit.

./.

Die Debatte über das Wohlfahrtswesen

GR. Lauscher (KLS) begrüßt die Schaffung der neuen Familien-gesetze, die der Familie und den überforderten Müttern eine fühlbare Erleichterung bringen werden. Besonders zu begrüßen ist es, daß es nun den berufstätigen Müttern ermöglicht wird, ein Jahr lang nach der Geburt eines Kindes zu Hause zu bleiben. Größere Unterstützung müßten alleinstehende Mütter bekommen, da sie während dieses Jahres kaum mit der Arbeitslosenunterstützung auskommen können. Der Redner kommt sodann auf den Mangel an Plätzen in den städtischen Kindergärten und -krippen zu sprechen. Hier wirke sich die steigende Geburtenzahl bereits aus. In einigen Arbeiterbezirken ist die Zahl der für einen Kindergarten, eine Säuglingskrippe oder Krabbelstube vorgemerkten Kinder bereits sehr groß. Der Redner richtet die Frage an die Referentin, wieviele Kinder bereits vorgemerkt sind. Auch die Zahl der Kinder, die in die Kinderübernahme-stelle der Stadt Wien überstellt werden, weil ihre berufstätigen Mütter keinen anderen Ausweg haben, soll sehr groß sein. Der Redner bittet auch hier um Bekanntgabe der Zahlen. GR. Lauscher erhebt die Forderung nach vermehrter Schaffung von Säuglingskrippen, Krabbel-stuben und Kindergartenplätzen. Es müßte in jedem Bezirk zumindest eine Säuglings- und Kleinkindergruppe geben. Er ersucht auch um Mitteilung, ob in nächster Zeit daran gedacht ist, den Wunsch der Krankenschwestern nach Errichtung eines Nachtkindergartens zu er-füllen. Auch die Plätze in den Sonderkindergärten seien zu gering. Diese Einrichtung hat sich vorzüglich bewährt, es stehen aber in ganz Wien nur 30 Plätze für schwachbefähigte Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren zur Verfügung. Von Fachleuten und Pädagogen wird aber immer wieder unterstrichen, wie wichtig die Frühdiagnose und Eingliederung dieser Kinder in die Gemeinschaft ist. Auch der Einrichtung von Tagesheimschulen und von Horten wäre größeres Augenmerk zuzuwenden. Derzeit gibt es in Wien nur elf Tagesheimschulen.

Zur Frage der Fürsorgerinnen ist zu sagen, daß hier wohl einiges, aber noch immer zu wenig, geschehen ist. Die Fürsorge-rinnen sind zu sehr überlastet. Eine Verbesserung ihrer Arbeits-bedingungen wäre dringend notwendig. Auch auf dem Sektor des Pflege-kinderwesens müßte mehr geschehen. Eine intensivere Betreuung der Pflegeplätze müßte erfolgen. Den Pflegemüttern müßte auch mehr

soziale Sicherheit gegeben werden. Sie erfüllen eine wichtige Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit und es müßte ihnen der Anspruch auf Krankenkasse und Rente zugesichert werden.

Die Gemeinde Wien hat auf dem Gebiete der Jugendfürsorge beachtliche Leistungen vollbracht, aber leider ist das alles noch zu wenig, denn die Gemeinde bleibt auf dem Sektor der Jugendfürsorge noch immer hinter den wachsenden Anforderungen unserer Zeit zurück.

Den Blinden sollte man die Beihilfen um 50 Schilling erhöhen und ihnen in vollem Ausmaß Freifahrt auf den Verkehrsmitteln zugestehen. Die Ankündigung, daß die Einkommensgrenze für den Bezug der Blindenbeihilfe erhöht werden soll, ist zu begrüßen, aber noch besser wäre es, diese Grenze gänzlich fallenzulassen.

In der Fürsorge und der Betreuung der alten Menschen bleibt noch viel zu tun. Ein Fünftel der Wiener gehört zu den alten Menschen, die Hälfte von ihnen sind alleinstehende Frauen. In der Betreuung dieser Menschen stecken wir noch in den Anfängen. Die Altersheime sollte man in die Kompetenz des Wohlfahrtswesens überstellen. Die Tagesheimstätten für alte Leute haben sich gut bewährt, aber ihre Zahl müßte vergrößert und vor allem müßten neue Gebiete einbezogen werden. Auch Heimhilfe und Heimpflege sollte man stärker ausbauen. Der Fortschritt durch die beiden letzten Novellen zum ASVG, die Kampferfolge der Arbeiterschaft sind, wird sich sehr günstig auf die soziale Fürsorge der Gemeinde Wien auswirken. Der Stadträtin gebühre der Glückwunsch zur Erhöhung der Fürsorgerichtsätze.

Die kommunistische Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe für das Wohlfahrtswesen die Zustimmung geben.

GR. Neset (FPÖ) bezeichnet das Thema Wohlfahrtswesen als ein Kapitel, das mehr als alle anderen den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Auch seine Fraktion, sagt er, ist vom ehrlichen Willen getragen, das möglichst Beste in der Wohlfahrtspflege zu erreichen. Er beschäftigt sich dann mit den einzelnen Ansätzen und ist der Meinung, daß eine Aktivierung der Kinderfürsorge sich für die Zukunft im Wohlfahrtswesen als eine Ersparnis erweisen würde. Die vordringlichste Aufgabe müßte sein, Kindern, die aus mannigfachen Ursachen nicht in der Familie aufwachsen können, ein richtiges Familienleben zu er-

setzen. Die Gemeinde Wien könnte auf diesem Gebiet den Weg der SOS-Kinderdörfer beschreiten. Jedenfalls wäre es vorteilhaft, die städtischen Kinderheime nach dem Vorbild der Kinderdörfer umzugestalten. Er regt an, diesen Vorschlag gewissenhaft zu prüfen. Als sehr notwendig bezeichnet er auch eine sinnvolle Freizeitgestaltung in den städtischen Lehrlingsheimen.

Der Redner stellt mit Genugtuung fest, daß die Stadt Wien eine große Anzahl von Kindergärten errichtet hat, bedauert aber, daß trotzdem die Unterbringung von Kindern beschäftigter Mütter derzeit immer noch schwierig ist. In Währing zum Beispiel sind die Mütter gezwungen ihre Kinder vielfach in private Kindergärten zu schicken. Der Redner bittet die Referentin um Mitteilung, nach welchen Gesichtspunkten die Einteilung der Fürsorgerätesprengel nach der vor einem Jahr durchgeführten Reorganisierung der Bezirksfürsorgeämter erfolgt ist. Er kenne Sprengel, sagt er, die sehr groß sind und die Arbeit der dort tätigen Fürsorgerin sehr erschweren.

Abschließend beschäftigt sich GR. Nessel mit den städtischen Altersheimen und verweist auf die schweren Bedingungen, unter denen die Pflegerinnen zu arbeiten haben. Auch in baumäßiger Hinsicht ließe sich in den Altersheimen manche Verbesserung durchführen. Seine Fraktion werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe IV zustimmen.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) beschäftigt sich zuerst mit Problemen der Jugenderziehung. Die Heimerziehung ist in unserer Zeit bedauerlicherweise unerläßlich.

Mit der Erhöhung der Einkommensgrenze für die Blindenbeihilfe wurde ein alter Wunsch der ÖVP erfüllt.

Anerkennend äußerte sich die Rednerin über die Fürsorge für die alten Leute. Über die Richtsätze hinaus wird zusätzlich viel geboten, die Muttertagsfeiern, die Urlaube und die Paketaktionen. Trotzdem wird auch auf diesem Gebiet der Ruf nach dem Heim immer lauter.

Zu dem Problem Heime überhaupt - ob es sich nun um Heime für junge oder alte Menschen handelt - machte die Rednerin besonders auf die privaten Fürsorgeinstitutionen aufmerksam, die schon seit langem Heime führen. Wir sind sehr froh, daß wir zum Beispiel Kinder in privaten Heimen unterbringen können, weil wir nicht genug städtische Heime zur Verfügung haben und weil auch die

Kosten in diesen Heimen billiger sind. Man braucht also die privaten Heime, und deswegen ist es eine alte Forderung der ÖVP, mit den privaten Organisationen zusammenzuarbeiten. Hier darf es keinen Konkurrenzneid geben. Zusammenarbeit bedeutet aber nicht, daß wir die privaten Institutionen ausnützen, sondern daß wir sie unterstützen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Gemeinderätin begrüßt die Erhöhung der Richtsätze für Dauerbefürsorgte um 50 Schilling, umsomehr als damit einem Antrag Rechnung getragen werde, den die ÖVP im Oktober gestellt habe. Leider ist die Zusammenarbeit im Ausschuß für Wohlfahrtswesen nicht so wie in anderen Ausschüssen, wo wirklicher Koalitionsgeist herrscht.

Sozialrentner mit niedrigen Renten erhielten bisher den Heizzuschuß in der halben Höhe des Zuschusses für die Dauerbefürsorgten. Ab 1. November, also seit Erhöhung der Richtsätze nach dem ASVG, gibt die Gemeinde diesen Heizzuschuß nur in den allerseltensten Fällen. Während bisher Sozialrentner in den Tagesheimstätten nichts zu bezahlen hatten, verlangt man von ihnen ab 1. Jänner des kommenden Jahres einen Beitrag. Was der Staat auf der einen Seite gibt, nimmt also die Gemeinde Wien mit der linken Hand weg. Dies könnte aber in den Tagesheimstätten vor allem deshalb zu Unfrieden führen, weil jetzt der eine darauf pochen kann, daß er zahlt, und der andere nicht. Die paar Groschen dürften bei unserem Gemeindebudget keine Rolle spielen.

Die ÖVP stimme den Ansätzen dieses Kapitels zu. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Der Vorsitzende, GR. Fürstenhofer (SPÖ), unterbricht die Sitzung des Wiener Gemeinderates um 19 Uhr. Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus werden morgen, Freitag, um 9 Uhr früh, mit der weiteren Debatte über das Wiener Wohlfahrtswesen fortgesetzt. Im Anschluß daran werden die Ansätze der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, behandelt.